

Vormärz und Revolution von 1848/49 in Gießen¹

MICHAEL WETTENGEL

Anlässlich des 175. Jahrestags der Revolution von 1848/49 sind erneut zahlreiche Neuerscheinungen zu den Ereignissen der Revolutionsjahre im europäischen Kontext, aber auch auf dem Gebiet des heutigen Hessen erschienen. In diesem Beitrag soll es um die Vorgänge der Jahre 1848 und 1849 in Gießen gehen, wobei auch die vorangegangenen Jahrzehnte in knapper Form mitberücksichtigt werden, da sie für das Verständnis des Revolutionsverlaufs notwendig sind. Eine Gesamtdarstellung der Revolution von 1848/49 ist hier nicht beabsichtigt, hierfür wird auf die in der Anmerkung genannte Literatur verwiesen.²

Der großherzoglich hessische Teil von Oberhessen war im Vormärz ein politisch außerordentlich aktives Gebiet. Die Provinzhauptstadt Gießen wiederum gehörte 1848/49 zusammen mit Mainz und Hanau zu den Städten auf dem Gebiet der damaligen hessischen Staaten, die ein besonders starkes revolutionäres Potenzial besaßen. Nachfolgend wird zunächst ein knapper Überblick über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie zu den politischen Bewegungen im Vormärz in Oberhessen gegeben, woran sich die Darstellung der Ereignisse während der Revolution von 1848/49 in Gießen anschließt.

Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Oberhessen im Vormärz

In den 1840er Jahren war Oberhessen vorindustriell und agrarisch geprägt. Die große Mehrheit der Bevölkerung, mehr als 80 Prozent, wohnte auf dem Land. Die meisten von ihnen lebten hauptsächlich von der Landwirtschaft. Die hier übliche Realerbteilung begünstigte eine Parzellierung der landwirtschaftlichen Flächen, da der Besitz bei der Erbfolge auf alle erbberechtigten Kinder verteilt wurde. Die geringen Betriebsgrößen ermöglichten keine effiziente und rentable Bewirtschaftung. Die bäuerliche Bevölkerung erwirtschaftete daher mehrheitlich auch in guten

-
- 1 Druckfassung eines überarbeiteten und mit Anmerkungen versehenen Vortrags, den der Verfasser am 6. November 2024 beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen gehalten hat.
 - 2 Unter den Neuerscheinungen sind insbesondere zu Europa zu nennen: Clark, Christopher, Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München 2023, und Bleyer, Alexandra, 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Stuttgart 2022; zur Deutschen Nationalversammlung 1848/49: Engehausen, Frank, Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Frankfurt am Main 2023; zu Hessen: Wettengel, Michael, Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Freie Stadt Frankfurt. Wiesbaden 2022; zum Scheitern der Revolution: Hahn, Hans-Werner, Ursachen und Folgen des Scheiterns der Deutschen Revolution von 1848/49, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 108 (2023), S. 17–38.

Jahren keine auskömmlichen Erträge mehr. Zu alledem war sie durch hohe Abgaben und Dienste belastet, die an die Grundherren zu leisten waren. Für die große Masse der oberhessischen Landbevölkerung war der gewerbliche Nebenerwerb somit lebensnotwendig. Diese ländlichen Gewerbe, wie Strumpfwirkerei, Leinenweberei, Spinnerei oder Nagelschmieden, wurden meist in Heimarbeit betrieben und waren latent krisengefährdet. Sie konkurrierten mit der Industrieproduktion in benachbarten Ländern. Knappheit und Armut bestimmten den Alltag in einem unvorstellbaren Ausmaß. In weiten Teilen Oberhessens gab es ausgesprochene Notstandsgebiete, so im Taunus und in der Vogelsberg-Region. Begleiterscheinungen der sozialen Not waren Mangelernährung und ansteckende Krankheiten, massenhaftes Betteln um Almosen, Kleinkriminalität und hohe Auswandererzahlen.

Die Größe der Städte war bescheiden: So zählte Gießen 1846 etwa 8.700, das benachbarte preußische Wetzlar wenig mehr als 5.300 und das kurhessische Marburg knapp 6.900 Einwohner. Die größte Stadt im weiten Umkreis war Frankfurt mit etwa 60.000 Einwohnern.³ Gießen war als Sitz der Landesuniversität gegenüber anderen oberhessischen Städten in einer besseren Lage. Mit insgesamt 508 immatrikulierten Studenten im Jahr 1848 bildete die Universität eine wichtige Einnahmequelle für das Gewerbe und den Handel der Stadt.⁴ Noch gab es in Gießen nur wenige größere Gewerbebetriebe, vor allem Tabakfabriken. Der industrielle Durchbruch erfolgte hier erst zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach dem Eisenbahnanschluss (1850 bzw. 1853/54). Unter den Hauptnahrungszweigen Gießens nannte der hessen-darmstädtische Geometer Wagner 1830 Acker- und Gartenbau sowie Viehzucht, erst danach folgten Fabriken, das Handwerk und der „im Ganzen nicht sehr bedeutende“ Handel.⁵ Anfang der 1840er Jahre hatte Gießen etwa 130 Handwerksmeister, die das gewerbliche Leben der Stadt prägten. Doch es kriselte beim Handwerk: Es gab überwiegend sogenannte „Kleinmeister“, die alleine oder mit nur einem Gesellen ihren Betrieb führten und so kaum ihren Lebensunterhalt erwirtschaften konnten. Auf zehn Handwerksmeister kamen in Gießen um die Jahrhundertmitte sechs Gesellen und Lehrlinge – gegenüber 30 in Frankfurt zur selben Zeit.⁶ Die Strukturkrise im Gießener Handwerk wurde durch das Fehlen alternativer Erwerbsmöglichkeiten und durch die schwache regionale Nachfrage verschärft. Die Zollschranken im staatlich zersplitterten Gebiet des heutigen Hessen erschwerten den Warenaustausch und bildeten angesichts der desola-

3 Wettengel, *Revolution von 1848/49 in Hessen* (wie Anm. 1), S. 19, zur sozialen Lage ebda., S. 19–29.

4 Thielbeer, Heide, *Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848*, Bonn 1983, S. 249; vgl. auch Moraw, Peter, *Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Gießen 2. Aufl. 1990, S. 111.

5 Zitiert nach Hahn, Hans-Werner, *Umbruch und Aufbruch? Die Stadt Gießen und ihre Bürger zwischen 1770 und 1830*, in: Brake, Ludwig/Brinkmann, Heinrich (Hrsg.), *800 Jahre Gießener Geschichte 1197–1997*, Gießen 1997, S. 117–149, hier S. 144.

6 Emig, Georg, *Die Berufserziehung bei den Handwerkerzünften in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und im Großherzogtum Hessen vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1866*, Frankfurt a.M. 1969, S. 336 f.

ten Lage ein allgemeines Ärgernis. Hinzu kamen Agrarkrisen wie die von 1816/17 und 1847, die mit extremen Steigerungen der Lebensmittelpreise verbunden waren. Sie gefährdeten die ohnehin prekären Lebensverhältnisse.

Die zeitgenössischen Beschreibungen Gießens bestätigen das Bild der Beharung und vormoderner, enger Lebensverhältnisse. Über seine „Vaterstadt Gießen“ schrieb der 1826 hier geborene Wilhelm Liebknecht, sie „war damals noch eine halbländliche Stadt – ich erinnere mich noch, daß das Vieh ausgetrieben wurde.“⁷ Sie besaß enge, winkelige Gäßchen und allenthalben Reste der Stadtbefestigung. Dem 1813 in Goddelau geborenen Georg Büchner, der 1833/34 in Gießen studieren musste, gefiel es an seinem Studienort nicht. „Abscheulich“ sei die Stadt, „hohle Mittelmäßigkeit“ herrsche hier „in allem“, meinte er in einem Brief vom Januar 1834.⁸ Einschränkend sei bemerkt, dass Büchner damals unter einer Krankheit und der Trennung von seiner Verlobten Wilhelmine Jaeglé litt. Auch ein weiterer prominenter Demokrat, der Mainzer Ludwig Bamberger, äußerte sich wenig vorteilhaft. Er musste in Gießen vom Sommersemester 1842 an drei Semester studieren und bezeichnete die Stadt als „ein abscheuliches Nest, von aller Kultur unberührt“.⁹ Die Ablehnung der Universitätsstadt muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Gießener Hochschule die Landesuniversität des Großherzogtums war. Alle hessen-darmstädtischen Landeskinder mussten hier einige Semester studieren und ihren Abschluss machen, um später die Möglichkeit zu haben, in den Landesdienst aufgenommen zu werden. Das arme Gießen bekam also die ganze Frustration und den Ärger vor allem oppositionell gesonnener Studenten ab, die lieber anderswo studiert hätten.

Entstehung einer politischen Opposition in Oberhessen

Der wichtigste Ausgangspunkt revolutionärer Umtriebe in Oberhessen war die Universität, nicht etwa die arme ländliche oder städtische Bevölkerung. Die meisten Aktivisten der Revolutionsjahre in Oberhessen hatten irgendwann an der Universität Gießen studiert. Schon früh entstand unter Studenten, Hochschullehrern und akademisch gebildeten Bürgern in Gießen eine nationalistische und freiheitliche Bewegung. Der wichtigste Propagandist der Nationalbewegung war hier der in Grünberg geborene Friedrich Gottlieb Welcker, seit 1809 Professor an der Uni-

7 Liebknecht, Wilhelm, In der Lehre. Etwas aus meinem Leben, in: Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne) I, S. 396–406, hier S. 397.

8 Brief an Wilhelmine Jaeglé aus Gießen, nach Mitte Januar 1834, Forschungsstelle Georg Büchner, Georg Büchner Portal, <http://buechnerportal.de/werke/briefe/nach-mitte-januar-1834-an-wilhelmine-jaegle-in-strassburg/> (zuletzt aufgerufen 08.09.2024). Goddelau ist heute ein Stadtteil von Riedstadt.

9 Bamberger, Ludwig, Erinnerungen, hrsg. von Paul Nathan, Berlin 1899, S. 7. Zu Ludwig Bamberger vgl. Langewiesche, Dieter, Ludwig Bamberger (1823–1899): Der deutsche Nationalstaat – Lebenstraum und Enttäuschung, in: Steinmeier, Frank-Walter (Hrsg.), Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, München 2021, S. 279–291.



Abb. 1: Karl Theodor Welcker (Bildarchiv JLU Gießen)

furt tätig war.¹³ Am 18. Oktober 1814 begingen die Deutschen Gesellschaften zum Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig ein Nationalfest mit großen Freudenfeuern im Taunus, Westerwald, in der Wetterau und Rheinhessen.¹⁴

versität. Vereinzelt kam es zu Anschlägen von Studenten auf das mit dem Rheinbundstaat Hessen-Darmstadt verbündete französische Militär, bei der die Universität nur mühsam Repressalien abwenden konnte.¹⁰ Nach der Völkerschlacht von Leipzig wechselte die hessen-darmstädtische Regierung quasi in letzter Minute das Lager und schloss sich im November 1813 dem antinapoleonischen Bündnis an.¹¹ Welcker nahm daraufhin im März 1814 mit mehr als 100 Gießener Studenten an einem hessen-darmstädtischen Jägerbataillon als Freiwilliger teil, das aber nicht mehr zum Einsatz kam.¹² Seit 1814 wurden sogenannte „Deutsche Gesellschaften“ gegründet, darunter auch in Gießen, wo Studenten eine „Deutsche Lesegesellschaft zur Erreichung vaterländischer Zwecke“ errichteten. Diese beruhten vor allem auf dem nationalistischen Gedankengut von Ernst Moritz Arndt, der seit Anfang 1814 als Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein in Frank-

10 Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 99. Zu Friedrich Gottlieb Welcker (1784–1868) vgl. Betz, Karl, Friedrich Gottlieb Welcker: Ein Leben für Wissenschaft und Vaterland, Grünberg 1984.

11 Schüler, Winfried, Das Herzogtum Nassau 1806–1866, Wiesbaden 2006, S. 52; Franz, Eckhart G./Kallenberg, Fritz/Fleck, Peter (Bearb.), Großherzogtum und Volksstaat Hessen 1806–1945, in: Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 4: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich. (1806) 1815 bis 1945, 2. Tlbd., Marburg 2003, S. 733–735.

12 Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 100.

13 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 735; Luys, Karin, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819, Münster 1992, S. 29 ff.; Meinecke, Friedrich, Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Deutschland im Zeitalter der Befreiungskriege, Stuttgart 1891; zu den regionalen Differenzierungen und der Problematik der Bezeichnung „Befreiungskrieg“ vgl. Planert, Ute, Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792–1841, Paderborn 2007, S. 482 ff. u. 487 ff.

14 Vgl. u. a. Düding, Dieter, Das deutsche Nationalfest von 1814: Matrix deutscher Nationalfeste im 19. Jahrhundert, in: Ders./Friedemann, Peter/Münch, Paul (Hrsg.), Öffentliche

Zunehmend wurden auch liberale und demokratische Forderungen nach politischer Teilhabe der Bevölkerung erhoben. War der Gegner bis 1815 noch vorwiegend das napoleonische Herrschaftssystem, so richtete sich die Nationalbewegung zunehmend auch gegen die deutschen Fürsten, die nach Ansicht der Oppositionellen dem deutschen Volk seine Selbstbestimmungsrechte und die in Artikel 13 der Bundesakte versprochenen landständischen Verfassungen vorenthielten.¹⁵ 1818 entstand in Hessen-Darmstadt eine Verfassungsbewegung, die sich für eine auf „echte Volksvertretung gegründete landständische Verfassung“ einsetzte, die auf dem „Wege des Vertrages festgesetzt werden möge“.¹⁶ Der schließlich am 17. Dezember 1820 erlassenen Verfassung für das Großherzogtum Hessen war eine in ihrer Breite beeindruckende Volksbewegung vorausgegangen: Allein in Oberhessen hatte die Verfassungsbewegung durch Protestversammlungen in Gießen und Grünberg großen Rückhalt in der Bevölkerung erhalten.¹⁷ Ohne sie hätte es möglicherweise keine hessische Verfassung gegeben, denn noch im November 1814 hatte Großherzog Ludwig I. eine solche rundweg abgelehnt, da sie „zur Auflösung und Vernichtung der Regentenrechte und allgemeiner revolutionärer Anarchie“ führen würde.¹⁸

Von großer Bedeutung für die frühe Nationalbewegung war die 1814/15 gebildete Burschenschaft. Neben Jena wurde die Universität Gießen zum Zentrum der frühen burschenschaftlichen Organisationsbestrebungen. Wortführer der dortigen „Deutschen Lesegesellschaft“, aus der 1816 die „Christlich-teutsche Burschenschaft“ hervorging, war der aus einer Gießener Beamtenfamilie stammende Student Carl Follen, ein Schüler von Welcker.¹⁹ Wegen ihrer dunklen Kleidung wurden diese nationalistisch und radikaldemokratisch gesonnenen Studenten als „Schwarze“ bezeichnet, ein kleiner Kreis von ihnen um Follen nannte sich die „Unbeding-

Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek 1988, S. 67–88.

- 15 Vgl. Wißkirchen, Hans, Die Butzbacher Deutsche Gesellschaft und ihre Beeinflussung durch Ernst Moritz Arndt, in: Dedner, Burghard (Hrsg.), Das Wartburgfest und die oppositionelle Bewegung in Hessen, Marburg 1994, S. 161–181, hier S. 176 f.
- 16 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 748; Bütner, Siegfried, Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das du Thilsche System, Darmstadt 1969, S. 246; vgl. Zimmermann, Erich, Für Freiheit und Recht! Der Kampf der Darmstädter Demokraten im Vormärz (1815–1848), Darmstadt 1987, S. 271–274.
- 17 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 750 f.; solche Versammlungen fanden auch an anderen Orten des Großherzogtums Hessen statt, vor allem in den standesherrlichen Gebieten.
- 18 Zitiert nach ebda., S. 744. Hessen-Darmstadt wurde somit ein Verfassungsstaat im Deutschen Bund, vgl. Grothe, Ewald, Konstitutionalismus in Hessen vor 1848. Drei Wege zum Verfassungsstaat im Vormärz. Eine vergleichende Betrachtung, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 107 (2002), S. 245–262.
- 19 Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 123; Felschow, Eva-Marie/Häderle, Irene, Im Visier der Staatsgewalt. Die Universität Gießen als Zentrum der Revolution und Repression 1813 bis 1848, Gießen 2015, S. 20.

ten“.²⁰ 1817/18 entwarfen die Gießener „Schwarzen“ sogar „Grundzüge für eine künftige Reichsverfassung“, in der sie einen demokratisch-republikanischen und christlichen Nationalstaat forderten. In einem Prozess der zunehmenden Radikalisierung rechtfertigte Follen zur Durchsetzung der Volksfreiheit schließlich auch Gewalt und Tyrannenmord.²¹ Diese radikalen Tendenzen bei einem Teil der akademischen Jugend boten später die Rechtfertigung für ein massives staatliches Vorgehen gegen studentische Verbindungen. Schon im August 1818 bemerkte das hessische Staatsministerium, es sei nicht zu dulden, wenn Studenten „sich so weit vergäßen, sich tätig und auffordernd in öffentliche Angelegenheiten zu mischen, zu deren Beurteilung ihnen die Reife des Verstandes gänzlich ermangele“.²²

Etwa gleichzeitig breitete sich im Rhein-Main-Gebiet auch die Turnbewegung aus, die in engem Zusammenhang mit der Nationalbewegung stand. Angeregt durch Friedrich Ludwig Jahn, für den das Turnen nicht nur Körpererertüchtigung, sondern auch eine eminent politische Betätigung im Sinne einer nationalen Wehrhaftmachung war, erfasste die Bewegung national gesonnene Pädagogen, Studenten und Schüler. Die meist jugendlichen Turner stellten eine Art früher Jugendbewegung dar, die mit den politischen Vorstellungen und den gesellschaftlichen Verhaltensnormen ihrer Zeit brach. Schon 1814 richtete der Konrektor und spätere Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig auf dem Schrenzer bei Butzbach den ersten hessischen Turnplatz ein, auf dem Turn- und Wehrübungen stattfanden.²³ Bald entstand auch in Gießen eine Turngemeinde, und in Frankfurt, wo „Turnvater“ Jahn 1815 zu Besuch weilte, wurden öffentliche Turnübungen abgehalten.²⁴

20 Vgl. Luys, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung (wie Anm. 13), S. 123 ff. u. 131 ff.; Hardtwig, Wolfgang, Studentische Mentalität – politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift 242 (1986), S. 581–628, hier S. 590; Roth, Hans-Walter, Studentische Opposition in Oberhessen zwischen 1800 und 1850, in: Einst und jetzt 17 (1972), S. 7–16.

21 Vgl. Krüger, Paul, „Hochverräterische Unternehmungen“ in Studentenschaft und Bürgertum des Vormärz in Oberhessen (bis 1838), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 49/50 (1965), S. 72–136, hier S. 79 ff.; Luys, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung (wie Anm. 13), S. 141. Zu Carl Follen (1796–1840) vgl. Haupt, Herman, Carl Follen und die Gießener Schwarzen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 15 (1907), S. 1–156; Mehring, Frank, Carl/Charles Follen: Deutsch-Amerikanischer Freiheitskämpfer, Gießen 2004; Rose, Ernst, „Follen, Carl“, in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 286 f.

22 Zitiert nach Zimmermann, Für Freiheit und Recht (wie Anm. 16), S. 29.

23 Braun, Harald, Das politische und turnerische Wirken von Friedrich Ludwig Weidig. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bestrebungen im deutschen Vormärz. St. Augustin 1983, S. 31.

24 Vgl. Düding, Dieter, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984, S. 59–70; Langewiesche, Dieter, „...für Volk und Vaterland kräftig zu wirken...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: Grupe, Omno (Hrsg.), Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel, Tübingen 1990, S. 22–61; Schweigard, Jörg, Politische Turnvereine in Deutschland 1817–1849, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.), Politische Vereine, Gesell-

Als am 18. Oktober 1817 unter reger Beteiligung hessischer Studenten auf der Wartburg ein sogenanntes Nationalfest stattfand, zu dem die Jenaer Burschenschaft eingeladen hatte, alarmierte dies die Obrigkeit. Im Anschluss an die Feier hatte ein Teil der Versammelten eine symbolische Bücherverbrennung durchgeführt. Neben Bücherattrappen angeblich reaktionärer Autoren waren auch Uniformteile und andere Gegenstände verbrannt worden.²⁵ In dieser angespannten Stimmungslage wirkten 1819 die Ermordung des Schriftstellers und russischen Generalkonsuls August von Kotzebue in Mannheim durch den Studenten Carl Ludwig Sand und der gescheiterte Mordanschlag von Carl Löning auf den nassauischen Regierungspräsidenten Carl Ibell wie ein Fanal. Sand war Burschenschafter und Turner und besaß enge Verbindungen zu Carl Follen, Löning hatte den Deutschen Gesellschaften angehört. In Regierungskreisen breitete sich Revolutionsfurcht aus. Der österreichische Staatskanzler Fürst von Metternich nutzte diese Stimmung bei den Karlsbader Ministerialkonferenzen vom August 1819, die zu den restriktiven „Karlsbader Beschlüssen“ führten. Sie hatten auch in Hessen-Darmstadt eine umfassende Bekämpfung liberaler und nationaler Bestrebungen zur Folge, so unter anderem die disziplinarische und strafrechtliche Verfolgung sogenannter Demagogen, die Auflösung der Burschenschaften und Überwachung der Universitäten, die Zensur der Presse, die Schließung der Turnplätze, das Verbot von Turnvereinen sowie die Einsetzung einer Zentraluntersuchungskommission in Mainz.²⁶ Vor allem die Eingriffe in die Hochschulrechte und die staatliche Überwachung der Studierenden übertrafen alles bisher Dagewesene. Besonders streng waren die staatlichen Repressionen an der Universität Gießen.²⁷ Viele, wie Carl Follen, flohen in die Emigration.

Da öffentliche Parteinahmen für liberale und nationale Ziele unterdrückt wurden, bekundete die politische Opposition in den deutschen Ländern ihre Sympathien für die Bestrebungen zur Selbstbestimmung anderer Nationen. Auf diese

schaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49, Frankfurt am Main 2005, S. 51–87; zu den badischen Turnvereinen vgl. Wieser, Lothar, Die „künftige Armee der radikalen Parthei“? – Badische Turner in Vormärz und Revolution von 1848/49, in: Furtwängler, Martin/Pfanz-Sponagel, Christiane/Ehlers, Martin (Hrsg.), Nicht nur Sieg und Niederlage. Sport im deutschen Südwesten im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2011, S. 123–154.

25 Vgl. u.a. Maletke, Klaus (Hrsg.), 175 Jahre Wartburgfest. 18. Oktober 1817 – 18. Oktober 1992, Heidelberg 1992; Brandt, Peter, Das studentische Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817, in: Düding/Friedemann/Münch (Hrsg.), Öffentliche Festkultur (wie Anm. 14), S. 89–112; Asmus, Helmut, Das Wartburgfest. Studentische Reformbewegungen 1770–1819, Magdeburg 1995.

26 Huber, Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1. Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart, 3. Aufl. 1978, S. 100 ff. (Nr. 32–34). Dazu u. a. Liebmann, Edgar, Der Deutsche Bund, in: Daum, Werner, u. a. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815–1847, Bonn 2012, S. 783–822; Müller, Jürgen, Der Deutsche Bund 1815–1866, München 2006, S. 8 f.

27 Felschow/Häderle, Im Visier der Staatsgewalt (wie Anm. 19), S. 33–35; Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 125 f.

Weise konnten vergleichbare politische Zielsetzungen im eigenen Land propagiert werden, ohne dass dies offen ausgesprochen werden musste. Den Anfang machte die sogenannte Philhellenenbewegung, die zugunsten des griechischen Unabhängigkeitskampfes seit 1821 Geld sammelte. Unterstützungsvereine bildeten sich auch in Gießen und Butzbach.²⁸ Noch stärker war die Anteilnahme für den Unabhängigkeitskampf der Polen gegen das zaristische Russland seit November 1830. Vor allem nach der Niederschlagung des Aufstandes 1831 erhob sich eine Welle der Hilfsbereitschaft. Um die Verpflegung und Versorgung der polnischen Soldaten zu organisieren, die durch Deutschland in die französische Emigration zogen, wurden Vereine gegründet, die über die karitativen Zwecke hinaus als Manifestationen der eigenen nationalen Ziele dienten. Bemerkenswert waren vor allem die Beteiligung von Frauen und die Bildung von Frauenvereinen. Der „Wetterauer Frauenverein für gastliche Pflege polnischer Patrioten“ hatte auch eine Filiale in Gießen, neben dem dortigen Polenverein für männliche Mitglieder.²⁹ Allein in Gießen wurden im Januar 1832 ungefähr 400 polnische Flüchtlinge versorgt.³⁰

Im Gefolge der französischen Julirevolution von 1830 in Paris trat die Opposition vielerorts erneut offen hervor. Unter dem Druck von Unruhen in Kassel billigte Kurfürst Wilhelm II. am 15. September 1830 die Einberufung eines konstituierenden Landtags und wenige Tage später die Gewährung einer Verfassung.³¹ Auch im Großherzogtum Hessen rumorte es: Friedrich Ludwig Weidig organisierte am 17. Dezember 1831 in Butzbach ein „Konstitutionsfest“ unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft, und am 19. Februar 1832 wurde in Gießen beim sogenannten „Fest der Freunde Hessischer Eintracht“ eine Zusammenarbeit der

28 Hauser, Christoph, *Anfänge bürgerlicher Organisation: Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland*, Göttingen 1990, S. 29 ff. u. 34 f.; dazu auch Meyer, Anne-Rose (Hrsg.), *Vormärz und Philhellenismus*, Jahrbuch Forum Vormärz Forschung 18 (2012) (Themenband).

29 Vgl. u. a. Strobel, Georg W., *Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands*, in: Ehlen, Peter (Hrsg.), *Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft*, München 1983, S. 31–47; Waas, Christian, *Die Chroniken von Friedberg in der Wetterau*, Friedberg 1963, S. 43; Kosim, Jan, *Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 35 (1986), S. 29–41; Struck, Wolf-Heino, *Vormärz im Herzogtum Nassau und Hambacher Fest*, in: Gerlich, Alois (Hrsg.), *Hambach 1832. Anstöße und Folgen*, Wiesbaden 1984, S. 131–163, hier S. 140; Kolb, Eberhard, *Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz*, in: *Saeculum* 26 (1975), S. 111–127; Kermann, Joachim, *Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes*, Speyer 1981; Brudzyńska-Němec, Gabriela, *Polenvereine in Baden. Hilfeleistung süddeutscher Liberaler für die polnischen Freiheitskämpfer 1831–1832*, Heidelberg 2006.

30 Franz/Kallenberg/Fleck, *Großherzogtum und Volksstaat Hessen* (wie Anm. 11), S. 788.

31 Grothe, Ewald, *Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830–1837*, Berlin 1996.

politischen Opposition in den hessischen Staaten befördert.³² Den aus dem städtischen Bürgertum stammenden hessischen Liberalen ging es um eine nationale Einigung Deutschlands, politische Reformen und die Verwirklichung der freiheitlichen Versprechungen der hessen-darmstädtischen Verfassung. Eine freie politische Öffentlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit und stärkere Rechte der Volksvertretungen wurden für Hessen gefordert. Am Nationalfest in Hambach am 27. Mai 1832 nahmen auch Gießener teil, darunter der Gründer des Gießener „Leseclubs“, der Gemeinderat Christian Bansa.³³

Die politische Opposition war aber heterogen und gespalten: Radikale Oppositionelle forderten eine grundsätzliche Veränderung von Staat und Gesellschaft durch einen Umsturz, während die Gemäßigten Gewalt ablehnten und für Reformen eintraten. Als im September 1830 in Oberhessen gewaltsame Proteste der Landbevölkerung ausbrachen, die sich vor allem gegen die Abgabenbelastung und gegen die Zollgrenzen richteten, distanzieren sich auch Gießener Liberale öffentlich von den Protestierenden, nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, die Unruhen könnten von der Regierung als Vorwand für die Unterdrückung der politischen Opposition genutzt werden.³⁴ Radikale Demokraten wie der hessische Student und Schriftsteller Georg Büchner hielten dies für falsch und erklärten sich mit den Bauern solidarisch. Den Liberalen, die auf einen friedlichen politischen Wandel hofften, unterstellte er mangelnde Entschiedenheit, ja sogar Feigheit. Im November 1833 schrieb Büchner über die Gießener Liberalen: „Die Leute gehen ins Feuer, wenn’s von einer brennenden Punschbowlé kommt!“³⁵ Auch von den meisten seiner Kommilitonen hielt Büchner wenig, sie seien politisch angepasst und nur darauf bedacht, sich „ein Aemtchen zu erkriechen“.³⁶ Die radikalen Demokraten strebten

32 Zimmermann, *Für Freiheit und Recht* (wie Anm. 16), S. 106; Franz/Kallenberg/Fleck, *Großherzogtum und Volksstaat Hessen* (wie Anm. 11), S. 786–788.

33 Franz, Eckhart G., *Nachhall Hambachs in Kurhessen: Die Volksfeste von Bergen und Wilhelmsbad*, in: Ders., *Aus Hessens Geschichte. Aufsätze, Festschrift zum 75. Geburtstag*, Darmstadt 2007, S. 273–283; Franz, Eckhart G., *Einführung*, in: Ders. unter Mitarbeit von Murk, Carl (Hrsg.), *Der jüngste Tag / Wehr’ Dich. Die Zeitungen der oberhessischen Demokratie, Gießen 1848/49*. Nachdruck, Bd. 1, Darmstadt 1999, S. E7–E31, hier S. E10. Christian Bansa (1791–1862), geboren in Friedberg, seit 1820 Hofgerichtsadvokat in Gießen, Mitglied des Gemeinderats, Teilnehmer am Hambacher Fest 1832, Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags in Darmstadt 1832–1833, 1848 Mitglied des Vorparlaments, 1848 Staatsminister der Landgrafschaft Hessen-Homburg, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), *Hessische Abgeordnete 1820–1933* (wie Anm. 33), S. 140 (Nr. 26).

34 Franz/Kallenberg/Fleck, *Großherzogtum und Volksstaat Hessen* (wie Anm. 11), S. 784–786; Crößmann, Christoph, *Die Unruhen in Oberhessen im Herbst 1830*, Darmstadt 1929; Köhler, Manfred H. W., *Im Feuer der sozialen Republik. Lebensbild des demokratischen Achtundvierzigers Christian Heldmann (1808–1866)*, Darmstadt 1998, S. 110–114.

35 Brief an die Eltern aus Gießen, [14.].11.1833, Forschungsstelle Georg Büchner, Georg Büchner Portal, <http://buechnerportal.de/werke/briefe/14-november-1833-an-die-eltern-in-darmstadt/> (zuletzt aufgerufen 08.09.2024).

36 Brief an die Eltern aus Straßburg, 15.03.1836, Forschungsstelle Georg Büchner, Georg Büchner Portal, <http://buechnerportal.de/werke/briefe/15-maerz-1836-an-die-eltern-in-darmstadt/> (zuletzt aufgerufen 08.09.2024).

eine republikanische Staatsform und soziale Reformen zur Besserung der Lage unterbürgerlicher Schichten an. Hierfür war ihrer Auffassung nach ein gewaltsames Vorgehen unumgänglich.

Bald nach dem Hambacher Fest beschloss der Bundestag neue, noch umfassendere Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition. Vor diesem Hintergrund bildeten sich besonders in Oberhessen geheime Verbindungen, deren Ziele angesichts des behördlichen Drucks immer radikaler wurden. Die spektakulärste Aktion war der gescheiterte Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833, bei dem versucht wurde, die Polizeiwachen in Frankfurt zu stürmen und die Gesandten der Bundesversammlung gefangen zu nehmen. Unter den Verschwörern waren auch Gießener Studenten und Handwerker. Georg Büchner gründete im März 1834 nach französischem Vorbild in Gießen eine geheime „Gesellschaft der Menschenrechte“, und am 3. Juli 1834 fand auf der Badenburger bei Gießen eine konspirative Zusammenkunft statt, bei der sich Oppositionelle aus Kurhessen und Hessen-Darmstadt auf gemeinsame politische Ziele einigten.³⁷ Die Versuche Weidigs und Büchners, in Fortsetzung der Flugschriftenpropaganda mit dem „Leuchter und Beleuchter für Hessen oder der Hessen Nothwehr“ und dem „Hessischen Landboten“ die Landbevölkerung zu revolutionieren, führten jedoch nach einem Verrat 1835 zu Weidigs Verhaftung und zur Zerschlagung der oppositionellen Netzwerke in Oberhessen. Als Weidig am 23. Februar 1837 im Gefängnis in Darmstadt Selbstmord beging, verlor die hessische politische Opposition eine ihrer zentralen Persönlichkeiten.

Die nachfolgende verstärkte staatliche Unterdrückung und die unterschiedslose Härte des Vorgehens staatlicher Verfolgungsorgane sorgten dafür, dass die Oppositionellen ungeachtet ihrer Differenzen wieder enger zusammenrückten.³⁸ Viele bürgerliche Familien in Gießen waren von Repressionen der Behörden betroffen, Wilhelm Liebknecht berichtete darüber: „Meine Vaterstadt Gießen [...] war nämlich an der Burschenschaftsbewegung, die in Deutschland nach dem schnöden Volksbetrug der Freiheitskriege entsprang, stärker beteiligt als irgendeine andere Universitätsstadt in Deutschland [...] und in der dortigen Bevölkerung [...] fand der demagogische Geist – heute heißt es: der Geist des Umsturzes – einen vortrefflichen Nährboden. In keinem Teile Deutschlands haben die Demagogenverfolgungen auch verhältnismäßig so viele Opfer gefordert wie in unserem Oberhessen [...]. Keine Familie, die nicht in irgendeinem ihrer Angehörigen das deutsche Elend und

37 Mayer, Thomas Michael, Die „Gesellschaft der Menschenrechte“ und „Der Hessische Landbote“, in: Georg Büchner 1813–1837. Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler (Katalog), Basel/ Frankfurt am Main 1987, S. 168–186; Franz, Eckhart G., Das „Brunnenvergiftenhandwerk“ oder die „revolutionäre Bearbeitung des Volkes“, in: Ebda., S. 187–193; Dedner, Burghard, unter Mitarbeit von Battenfeld, Katja (Hrsg.), Georg Büchner. Der Hessische Landbote (Marburger Ausgabe), Bd. 2.1: Text, Editionsbericht, Erläuterungen, Darmstadt 2013, S. 121 ff.

38 Am Beispiel der Rhein-Main-Taunus-Region vgl. Wettengel, Michael, Politische Vereine und liberal-demokratische Bewegung in der Rhein-Main-Taunus-Region im Zeitalter von Restauration und Vormärz, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 26 (2014), S. 216–239.

die „väterliche Liebe“ der angestammten Fürsten zu empfinden gehabt hätte. Das alles prägte sich in meine Seele [...].“³⁹

Auf dem Weg zur Revolution

Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen verfügte die Opposition spätestens seit den 1840er Jahren über ein dichtes, grenzüberschreitendes Netzwerk politischer Verbindungen. Zugleich wuchs der Rückhalt der Opposition in der Bevölkerung der Städte durch die Verankerung liberaler Persönlichkeiten in der Honoratiorenschaft und in städtischen Gremien. Ein „Gemeindeliberalismus“ hatte sich herausgebildet, bei dem die Liberalen auch in Gießen auf der lokalen Ebene fest in bürgerlichen Milieus verwurzelt waren.⁴⁰ Eine wichtige Rolle für die Breitenwirkung der Bewegung spielten vor allem Gesang- und Turnvereine. Die Sänger knüpften früh grenzüberschreitende Kontakte und schlossen sich zu Sängerbünden zusammen, wie zum Beispiel der „Lahntalsängerbund“, der 1844 in Gießen ins Leben gerufen wurde. Noch stärker politisiert waren die Turnvereine. In Gießen wurde 1846 erneut ein Turnverein gegründet, der zwar im Jahr darauf wieder verboten wurde, was aber die Gießener Turner nicht kümmerte.⁴¹ Mit Turnfahrten und Turnfesten, seit 1843 regelmäßig auf dem Großen Feldberg im Taunus, wurde eine Ausbreitung und Vernetzung der Turnvereine über die Landesgrenzen hinweg gefördert. 1847 fand in Frankfurt bereits ein nationales Turnfest statt, an dem 137 Turnvereine aus vielen Teilen Deutschlands vertreten waren. Viele Turner schlugen schon damals einen Zusammenschluss zu einer allgemeinen deutschen Turnerschaft vor.⁴²

Im unmittelbaren Vorfeld der Revolution häuften sich die Ereignisse: Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer des Darmstädter Landtags im Herbst 1847 gelang den Liberalen unter Führung von Heinrich von Gagern im Großherzogtum Hessen ein spektakulärer Sieg. Nun stellten Liberale und Demokraten die Mehrheit im Landtag. Die meisten Stimmen erhielten sie in den Provinzen Rheinhessen und Oberhessen, wo in Gießen der Student und Journalist Rudolf Fendt den Wahlkampf organisierte, vermutlich die erste Wahlkampforganisation der hessischen Geschichte.⁴³ Dass ein radikaler Demokrat wie Rudolf Fendt den Liberalen von

39 Liebknecht, Wilhelm, In der Lehre. Etwas aus meinem Leben, in: Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne) I, S. 396–406, hier S. 397 f.

40 Am badischen Beispiel Nolte, Paul, Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855, in: Historische Zeitschrift 252 (1991), S. 57–93.

41 Wettengel, Michael, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, S. 39 ff.

42 Wettengel, Michael, Turnvereine und ihr Verhältnis zu demokratischen Vereinen und zur Arbeiterbewegung im Rhein-Main-Raum 1848/49, in: Wieser, Lothar/Wanner, Peter (Hrsg.), Adolf Cluss und die Turnbewegung. Vom Heilbronner Turnfest 1846 ins amerikanische Exil, Heilbronn 2007, S. 31–44, hier S. 31 f.; Düding, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (wie Anm. 24), S. 247 f.

43 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 47 f.



Abb. 2: Rudolf Fendt (Bildarchiv JLU Gießen)



Abb. 3: Joseph Hillebrand (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 27378)

Gagern unterstützte, zeigt, dass die politische Opposition zu diesem Zeitpunkt in Hessen trotz aller Konflikte noch zusammenhielt. Mit dem Hochschullehrer Joseph Hillebrand war ein liberaler Abgeordneter für die Stadt Gießen in den Landtag gewählt worden.⁴⁴ Auf der Bühne des Landtags in Darmstadt wurden nun

⁴⁴ Joseph Hillebrand (1788–1871), geboren in Groß Düngen bei Hildesheim, Schüler von Hegel, 1817 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1822 ordentlicher Professor der Philosophie an der Universität Gießen und Direktor des Gymnasiums, später Dekan seiner Fakultät. 1847 in die Zweite Kammer der Hessischen Landtags gewählt (Stadt Gießen), Erster Präsident der Zweiten Kammer 1849/50, Liberaler, 1850 von dem reaktionären hessischen Minister Dalwigk seiner Professur enthoben und in den Ruhestand versetzt. 1847–1856 und 1862–1865 Mitglied der Zweiten Kammer des Hessischen Landtags, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), *www.Hessische Abgeordnete 1820–1933* (wie Anm. 33), S. 443 (Nr. 368); Renkhoff, Otto, *Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten*, Wiesbaden, 2. Aufl. 1992, S. 327 (Nr. 1830). Rudolf Fendt (1822–1877), geboren in Schotten, seit 1844 Studium der evangelischen Theologie an der Universität Gießen, seit 1847 Jurastudium, seit 1846/47 journalistische Tätigkeit, 1847 Wahlkampf für liberale Abgeordnete, 1848 Redakteur des republikanischen „Jüngsten Tages“, Mitbegründer des „Republikanischen Vereins“ in Gießen, Vorstand des „Demokratischen Vereins“ Schotten, Oktober 1848 Emigration nach Straßburg, April 1849 Teilnahme an der Reichsverfassungskampagne bei der badischen Volkswehr, Juli 1849 Flucht in die Schweiz, Rückkehr und Verurteilung zu einer Haftstrafe 1849/1850, März 1851 Handlungsgehilfe und Journalist in Worms, zuletzt seit 1873 Druckereibesitzer und Herausgeber der „Neuen hessischen Volksblätter“. Seiner großdeutsch-republikanischen Gesinnung blieb er lebenslänglich treu.

Forderungen erhoben, die die politischen Ziele der Revolutionsbewegung bereits vorwegnahmen. In vielerlei Hinsicht bildete das Jahr 1847 bereits den Auftakt der Revolutionszeit.⁴⁵

Im Vordergrund standen bei Liberalen und Demokraten politische Ziele, insbesondere ein deutscher Nationalstaat sowie freiheitliche Verfassungen und Institutionen. Die liberalen Politiker und ihre Anhängerschaft glaubten, dass ein vereintes Deutschland die Kraft haben werde, auch die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Erklärbar ist dies vor dem Hintergrund weit verbreiteter und akzeptierter nationaler Überzeugungen und eines allgemeinen Fortschrittsoptimismus.

1848: Revolution in Gießen

Der sprichwörtliche Funke, der die Märzerhebung entfachte, war die Revolution in Paris und die Ausrufung der Republik am 24. Februar 1848. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht und erreichte schon zwei Tage später, am 26. Februar, das Rhein-Main-Gebiet. Auch in Gießen wurden die Nachrichten aus Paris aufmerksam verfolgt. Alexander Büchner, der jüngste Bruder von Georg Büchner und 1848 Jurastudent in Gießen, berichtete darüber:

„Unsere regelmäßige Verbindung mit der Außenwelt vermittelte sich durch die Post von Frankfurt nach Kassel und das Frankfurter Journal, welches in Gießen Nachmittags um fünf anzukommen pflegte. Um diese Stunde harrte eine vielköpfige Menge an der Haltestelle der Fahrpost auf die Nachrichten aus Paris, und durch eine stillschweigende Übereinkunft wurde das Blatt sogleich in die Hände Rudolf Fendt's geliefert, welcher die betreffenden Depeschen mit seiner dröhnenden Stimme verlas. Von allen Seiten ertönten dann die Rufe: ‚Es lebe die Pariser Bluse, wir wollen Redefreiheit, Vereinsrecht, Volksvertretung beim Bundestag, nieder mit Metternich, Krieg mit Rußland, Volksbewaffnung!‘⁴⁶

Allenthalben wurden Forderungskataloge in oppositionellen Zirkeln formuliert, auf Volksversammlungen beschlossen und mit Delegationen den Landtagen oder den Monarchen unterbreitet. Die Revolution im Frühjahr 1848 war in Süd- und Mitteldeutschland zunächst eine Kampagne von Massenpetitionen und Demonstrationen. Den Anfang machte das badische Mannheim, wo schon am 27. Februar

Fendt, Rudolf, Von 1846 bis 1853. Erinnerungen aus Verlauf und Folgen einer akademischen und politischen Revolution, Darmstadt 1875.

45 Vgl. Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 38 ff.; Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, Karlsruhe 1998.

46 Büchner, Alexander, Das „tolle“ Jahr, Gießen, 2. Auflage 1904, S. 172 f.; zu Alexander Büchner (1827–1904) vgl. Lange, Thomas, Vaterlos in zwei Nationen – Alexander Büchners Weg zwischen Deutschland und Frankreich, in: Gröbel, Matthias/Köhler, Manfred H. W./Lange, Thomas/Scharpf, Cordelia, „Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung des Menschen“. Georg Büchners Geschwister in ihrem Jahrhundert, Darmstadt 2013, S. 412–541.

eine von dem radikaldemokratischen Rechtsanwalt und Journalisten Gustav Struve entworfene Petition an den Landtag in Karlsruhe verabschiedet wurde. Sie diente als Blaupause für die Märzforderungen in anderen deutschen Ländern. Auch die Vorgehensweise in Baden, mithilfe sogenannter „Sturmpetitionen“ und Demonstrationen Druck auf Kammern, Regierungen und Monarchen auszuüben, wurde in anderen deutschen Ländern nachgeahmt. Bereits am 28. Februar folgte Gießen, das damit zu den frühesten Revolutionsstädten in Hessen zählte. In dieser frühen Phase der Revolution war der Ausgang der Ereignisse noch ungewiss, denn die reaktionären Regierungen waren noch fest im Sattel. Erheblicher Mut und eine Portion Unbekümmertheit waren nötig, um diese Forderungskataloge vorzubringen. In Gießen besaß dies ein kleiner Kreis demokratisch gesonnener Studenten um Rudolf Fendt und Alexander Büchner, beide 22 Jahre alt, und dessen 24-jährigen Bruder Ludwig Büchner, der gerade seine Doktorarbeit in Medizin abschloss.⁴⁷ Den Studenten fiel es jedoch schwer, einen Hochschullehrer oder Bürger zu finden, der bereit war, den Vorsitz der Volksversammlung zu übernehmen. Selbst der Advokat Christian Bansa,⁴⁸ später Mitglied des Vorparlaments, und der Universitätsprofessor Carl Vogt,⁴⁹ der einige Monate später zum Abgeordneten für Gießen in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt wurde, zierten sich angesichts „[dieser] zweifelhaften [Tage], wo sich der politische Wind jeden Augenblick drehen kann.“⁵⁰ Justus Kunz, ein Gießener Schankwirt, hatte den Mut, den ein Professor und ein Hofgerichtsadvokat nicht aufbrachten.

47 Auch Fendt betonte, dass nur eine Minderheit der Studenten politisch aktiv war, Fendt, Von 1846 bis 1853 (wie Anm. 44), S. 89. Zur Rolle von Studenten in der Revolution von 1848/49 vgl. Langewiesche, Dieter, Studenten in den europäischen Revolutionen von 1848, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 38–56; Bruch, Rüdiger vom, Die Universitäten in der Revolution 1848/49. Revolution ohne Universität – Universität ohne Revolution, in: Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 133–160. Zu Ludwig Büchner (1824–1899) vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 198 f. (Nr. 95); Gröbel, Matthias, Ludwig Büchner – Ein Heilssucher im Industriezeitalter, in: Gröbel / Köhler/Lange /Scharpf, „Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung des Menschen“ (wie Anm. 46), S. 234–411.

48 Zu Christian Bansa vgl. Anm. 33.

49 Zu Carl Vogt (1817–1895), Professor für Zoologie in Gießen, Neffe von Carl Follen, vgl. Berding, Helmut, Carl Vogt (1817–1895). Der politische Lebensweg eines liberalen Demokraten, in: Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw, hrsg. von Heinig, Paul-Joachim, u.a., Berlin 2000, S. 479–496; Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 915 f. (Nr. 924); Haaser, Rolf, Moriz Carriere und Carl Vogt. Eine Neubetrachtung (Aus Anlass ihres 200. Geburtstages), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 101 (2016), S. 143–203; Best, Heinrich/Weege, Wilhelm, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, S. 345 f.

50 Fendt, Von 1846 bis 1853 (wie Anm. 44), S. 85 f.

Rudolf Fendt erinnerte sich an die folgenden Ereignisse:

„Am Abend des 28. Februar hielten wir denn im Busch’schen Garten unsere Volksversammlung‘ mit bestem Erfolge ab. Struve hatte mir unmittelbar zuvor am Nachmittag die von ihm beschlossene, von einer Versammlung in Mannheim adoptirte Adresse an die badische zweite Kammer geschickt. Da sie in kurzen energischen Worten den berechtigten Forderungen des Volkes packenden Ausdruck verlieh, so schlug ich sie, um unnütze Diskussionen zu vermeiden, unter allgemeinem Applaus zur sofortigen unverkürzten Annahme und Unterschrift vor.“⁵¹

Widerspruch gab es in der Versammlung durch gemäßigte Demokraten und Liberale, deren Wortführer der Philosophieprofessor Moriz Carrière war,⁵² der eine eigene Adresse zur Abstimmung vorlegte. Die Radikalen konnten sich an diesem 28. Februar durchsetzen und erhielten die Mehrheit: Die Gießener Volksversammlung übernahm den Text der Mannheimer Adresse.

Da dies die Gießener Märzforderungen waren, sollen sie hier auszugsweise zitiert werden:

„Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unsren Grenzmarken, während Rußland die seinen im Norden zusammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer. Aller Orten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte sich selbst genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten. Deutschland darf nicht länger geduldig zusehen, wie es mit Füßen getreten wird. Das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen:

Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Classen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes!

Die Zeit ist vorüber, die Mittel zu diesen Zwecken lange berathen. Was das Volk will, hat es durch seine gesetzlichen Vertreter, durch die Presse und durch Petitionen deutlich genug ausgesprochen. Aus der großen Zahl von Maßregeln, durch deren Ergreifung allein das deutsche Volk gerettet werden kann, heben wir hervor:

- 1) Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Officiere.
- 2) Unbedingte Preßfreiheit.
- 3) Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands.
- 4) Sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments.

Diese vier Forderungen sind so dringend, daß mit deren Erfüllung nicht länger gezögert werden kann und darf. [...].“⁵³

51 Ebd., S. 87.

52 Zu Moriz Carrière vgl. Haaser, Rolf, Moriz Carrière und Carl Vogt. Eine Neubetrachtung (Aus Anlass ihres 200. Geburtstages), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 101 (2016), S. 143–203; Glockner, Hermann, Carrière, Moriz, in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 158 f.

53 Fendt, Von 1846 bis 1853 (wie Anm. 44), S. 87.

Bemerkenswert ist an der Adresse, dass zu Beginn der Revolution von deren Anhängern mit einem europäischen Krieg gerechnet wurde. Die Gießener und Mannheimer waren damit nicht alleine, vielerorts wurde in der Märzbewegung 1848 die Sorge vor einem großen Krieg deutlich, nicht zuletzt deswegen auch die prominente Forderung nach Volksbewaffnung. Die Furcht war vermutlich auch eine Folge der Erinnerung an die Französische Revolution von 1789, in deren Folge die Revolutionskriege auch auf deutsches Gebiet übergreifen hatten.

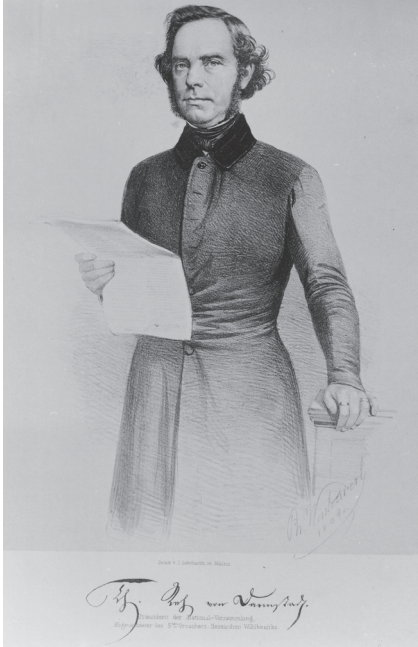


Abb. 4: Theodor Reh (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 3086)

Am 2. März 1848 griff der liberale Abgeordnete Theodor Reh in der Zweiten Kammer des Landtags nicht nur die Wünsche der Forderungskataloge aus Hessen auf, er beantragte darüber hinaus den „Wechsel des bisherigen mit den Wünschen und Forderungen des Hessischen Volkes nicht im Einklang stehenden Regierungssystems“ und forderte damit den Rücktritt des leitenden Ministers Carl du Thil.⁵⁴ Großherzog Ludwig II. beugte sich schließlich dem öffentlichen Druck. Er erhob am 5. März seinen Sohn zum Mitregenten und zog sich von den Staatsgeschäften zurück. Noch am selben Tag wurde du Thil entlassen und der Wortführer der Opposition im Landtag, Heinrich von Gagern, zum leitenden Minister ernannt. Unmittelbar darauf verkündete Gagern die Gewährung der Märzforderungen und leitete umfassende Reformen ein. Das Ziel war eine neue, parlamentarische Regierungsweise nach englischem Vorbild. Gagern formulierte

dies so, dass eine Regierung „aus dem Vertrauen des Volkes, oder, was bei gutem Wahlssystem gleichbedeutend ist, aus dem Vertrauen der Repräsentanten des Volkes“ hervorgehen und „von diesem Vertrauen fortwährend“ getragen sein solle.⁵⁵ In seiner Antrittsrede als leitender Minister am 7. März 1848 bat er die Abgeordnete

54 Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen im Jahre 1847/48, Elfter Landtag, Beil.-Bd. 2, Beil. Nr. 135 zum 17. Protokoll vom 2. März 1848. Zu Theodor Reh (1801–1868), der Anwalt von Friedrich Ludwig Weidig war und dessen Tochter Natalie später Wilhelm Liebknecht heiraten sollte, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 719 f. (Nr. 696); Best/Weege, Biographisches Handbuch (wie Anm. 49), S. 274 f.

55 In einem Brief vom Herbst 1845, Wentzcke, Paul/Klötzer, Wolfgang (Bearb.), Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815–1848, Göttingen 1959, S. 300 (Nr. 176).

ten der Zweiten Kammer des Darmstädter Landtags um ihr Vertrauen, „ohne das ich nichts bin und nichts kann.“⁵⁶ Im Frühjahr 1848 begann in Hessen-Darmstadt der Parlamentarismus, der mit dem Scheitern der Revolution beendet wurde und sich erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder entfalten konnte.

Im Zuge des revolutionären Umbruchs kam es auch in Gießen zu zahlreichen Ausschreitungen. So wurden insbesondere missliebigen Beamten die Fensterscheiben unter großem Lärm eingeworfen, aber auch jüdische Einwohner wurden am 13. März 1848 drangsaliert. Antisemitische Übergriffe und Pogrome gehörten vor allem in kleineren Städten und Dörfern zu den Schattenseiten der Revolutionszeit, die nicht vergessen werden dürfen.⁵⁷ In Gießen wurde daher schon am 4. März 1848 eine Bürgergarde errichtet, zu deren Hauptaufgabe sich angesichts der Tumulte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt entwickelte. Zu ihrem Oberbefehlshaber wurde der populäre Hochschullehrer Carl Vogt gewählt. Mit der Verkündung der Pressefreiheit am 6. März gründeten Fendt, die Büchner-Brüder und der aus der Emigration zurückgekehrte August Becker, ein ehemaliger Gefährte von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig, eine radikaldemokratische Zeitung, die sie den „Jüngsten Tag“ nannten.⁵⁸ Bald schon bildete sich in Gießen ein „Bürgerclub“, der ein Lesezimmer unterhielt und die Diskussionen über politische Fragen leiten und Volksversammlungen organisieren sollte. Mitglieder waren sowohl Demokraten, die eine Republik anstrebten, als auch Liberale, die eine konstitutionelle Monarchie wollten.

Bereits bei der Entsendung von Repräsentanten zum sogenannten Vorparlament, das die Grundlagen für die Wahl eines deutschen Parlaments legen sollte, brachen offene Konflikte aus, so dass konstitutionelle Liberale und Demokraten



Abb. 5: Heinrich von Gagern (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 27963 UF)

56 Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen (11. Landtag), 21. Sitzung vom 7. März 1848, Bl. 390.

57 Wettengel, *Revolution von 1848/49 in Hessen* (wie Anm. 1), S. 84 f., 117 ff.

58 Franz, Eckhart G. unter Mitarbeit von Murk, Carl (Hrsg.), *Der jüngste Tag / Wehr' Dich. Die Zeitungen der oberhessischen Demokratie, Gießen 1848/49. Nachdruck, Bd. 1, Darmstadt 1999*. Zu August Becker (1812–1871) vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), *Hessische Abgeordnete 1820–1933* (wie Anm. 33), S. 148 f. (Nr. 35); Kickartz, Eberhard, „Der Rote Becker“. *Das politisch-publizistische Wirken des Büchner-Freundes August Becker. (1812–1871)*, Darmstadt 1997.



Abb. 6: Karl August Credner (Bildarchiv JLU Gießen)

Hessen bestand. Er war zwar in Gießen in der Defensive, hatte aber mit dem Universitätsprofessor August Credner einen sehr aktiven Wortführer.⁵⁹

Zahlenmäßig war der Märzverein mit bis zu 1.000 Mitgliedern am stärksten, dem Vaterländischen Verein schlossen sich 250 bis 300 Mitglieder an und der Republikanische Verein war mit 60 bis 80 Mitgliedern zwar am schwächsten, dennoch in der Öffentlichkeit sehr präsent und einflussreich.⁶⁰

Die Stadt war in der Revolutionszeit eine Hochburg linksliberaler und demokratischer Kräfte. Dies zeigte sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die im April/Mai 1848 vor dem Hintergrund eines republikanischen Putsches in Baden in aufgeheizter Stimmung stattfanden. In Hessen-Darmstadt wurde nach einem indirekten Modus gewählt, und große Teile der Bevölkerung waren von den Wahlen ausgeschlossen, so vor allem Frauen, aber beispielsweise auch Empfänger von Armenunterstützung. Dennoch war das Wahlrecht für die damalige Zeit auch im europäischen Vergleich sehr weitreichend. Und es sollte nicht vergessen werden: Dies waren die ersten freien gesamtdeutschen Wahlen in der Geschichte! Die politischen Vereine veranstalteten Wahlversammlungen und warben für ihre Kandidaten. In einem Aufruf „An die Oberhessen“ bekannte sich Carl Vogt zu einer

unterschiedliche Kandidaten benannten und Ende März/Anfang April 1848 getrennte Vereine gründeten: Die konstitutionellen Liberalen einen „Vaterländischen Verein“, die Demokraten einen sogenannten „Märzverein“. Die Vorstandsmitglieder des Märzvereins waren Akademiker und Bürger, die Älteren hatten häufig schon der Opposition in den 1830er und frühen 1840er Jahren angehört. Sie traten für eine republikanische Zentralgewalt in einem föderalen deutschen Gesamtstaat mit frei bestimmbar ein. Den Radikaldemokraten um die Redaktion des „Jüngsten Tags“ war der Märzverein aber nicht entschieden genug, so dass diese am 23. April einen „Republikanischen Verein“ gründeten, der sich vor allem aus Studenten und jüngeren Bürgern und Handwerksgehlen zusammensetzte. Nur der Vaterländische Verein trat für die konstitutionelle Monarchie ein, wie sie im Großherzogtum

59 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 248 ff.

60 Ebda., S. 196 ff., 248 ff.



Abb. 7: Carl Vogt (Album der deutschen Nationalversammlung, Frankfurt a. M. 1849)

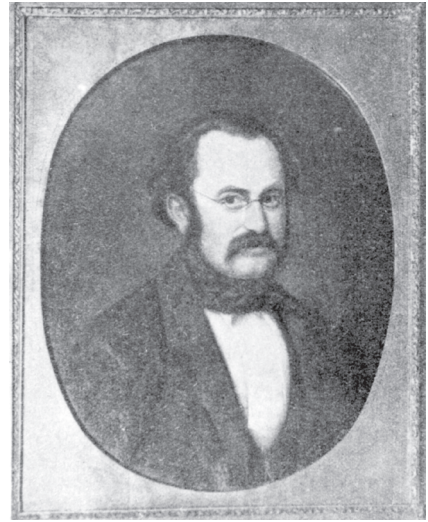


Abb. 8: Heinrich Ferber (Bildarchiv JLU Gießen)

republikanischen Staatsverfassung nach amerikanischem Vorbild und gewann mit deutlichem Vorsprung.⁶¹ Der Gießener Wahlkreis schickte Carl Vogt als Abgeordneten in die Frankfurter Nationalversammlung, wo er sich mit Robert Blum der Fraktion der Linken anschloss, die sich im „Deutschen Hof“ versammelte. In der Deutschen Nationalversammlung war die demokratische Linke in der Minderheit, in Gießen bildeten die Demokraten dagegen die Mehrheit.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass 1849 mit dem Kaufmann Heinrich Ferber ein Vorstandsmitglied demokratischer Vereine zum Bürgermeister Gießens gewählt wurde.⁶² In konservativen Kreisen der Residenz Darmstadt wurde deshalb gegen Gießen polemisiert, so hieß es 1849 in einem Darmstädter Zeitungsartikel:

61 Rehmann, Wilhelm, Gießen und das Jahr 1848, in: Glöckner, Carl (Bearb.), Gießen 1248–1948. Denkschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Gießen, Gießen 1948, S. 70–75, hier S. 72.

62 Heinrich Ferber (1813–1882), geboren in Gießen, studierte seit 1830 Kameralwissenschaften an der Universität Gießen, engeres Mitglied burschenschaftlicher Verbindungen, offenbar an den Planungen zum Frankfurter Wachensturm beteiligt, 1833 verhaftet, 1834 aus der Untersuchungshaft entlassen, 1835 Flucht nach Straßburg, 1842 Rückkehr nach Gießen und Freispruch, Kaufmann in Gießen. 1848 Hauptmann der 2. Kompanie der Bürgerwehr, später deren Kommandant; Vorstandsmitglied und seit 1849/50 Präsident des Märzvereins in Gießen, Rechner im Bezirksvorstand der oberhessischen demokratischen Vereine,

„Gießen stand bekanntlich schon früher im Rufe, daß Roheiten und Gemeinheiten öfters als in andern Städten sich ereigneten, manche Eltern trugen darum Bedenken, ihre Söhne länger als gerade gesetzlich geboten war hier studiren zu lassen.“⁶³

Die Gießener, schon damals auf Eigenständigkeit gegenüber der Residenz bedacht, griffen dagegen die „Staatsdienercolonie“ Darmstadt mit ihrem „Beamtenheer“ an, welches die Steuern der Provinzen aufsaugte.⁶⁴

Der radikale „Republikanische Verein“ vollzog früh eine Hinwendung zur sozialen Frage. Im September 1848 löste er sich auf, und seine Mitglieder traten größtenteils dem neugegründeten Arbeiterverein bei. Dieser hatte sich, nach einem gescheiterten ersten Gründungsversuch vom Mai 1848, in Gießen im September 1848 gebildet. In seinem Gründungsaufruf hieß es, mit deutlichem Hinweis auf eine künftige soziale Revolution:

„Männer der Arbeit! Wahren wir unsere Rechte, werden wir uns bewußt im politischen Sturme, daß wir die Träger aller politischen Systeme sind, daß die sozialen Fragen nicht zurückbleiben dürfen hinter den politischen. [...] Wir fordern alle Arbeiter auf, sich an unserm gestifteten Arbeiterverein zu beteiligen, und zu helfen an dem Neubau eines sozialen Systems. Mag dann der große Tag der Revolution anbrechen, wir sind bereit [...].“⁶⁵

Etwas bescheidener formulierten die Statuten die Vereinsziele so:

„[...] Hebung der Arbeit und Förderung des materiellen und geistigen Wohles der Arbeiter durch gegenseitige Belehrung in Wort und Schrift, sowie [...] geeignete Verbindung mit allen, dasselbe Ziel anstrebenden Vereinen.“⁶⁶

Fast 500 Mitglieder hatte der Gießener Arbeiterverein im Januar 1849. Neben den republikanischen Intellektuellen, die in der Führungsschicht des Vereins stark vertreten waren, setzte sich die Mitgliedschaft zu fast 90 Prozent aus Handwerksgehilfen zusammen. Sie waren vor allem in den verarmten Massenhandwerksberufen tätig, wie Schuhmacher und Schneider, daneben gab es auch Buchdruckergesellen im Arbeiterverein.⁶⁷ Nach dem Ende der Revolution ging aus dem „social-demokratischen Arbeiterverein“ im November 1850 eine Buchdruckervereinigung hervor, eine Filiale des Gutenberg-Bundes. Dies war eine der ersten

Mitglied des oberhessischen Bezirksrates, erster frei gewählter Bürgermeister von Gießen 1849–1852, 1852 Inhaber einer Tabakhandlung, Mitglied des Gemeinderats, 1856 Gründer der freiwilligen Feuerwehr Gießens, 1862 Erster Beigeordneter, 1866 Bürgermeisteramtverwalter, 1869 Magazinverwalter der oberhessischen Eisenbahn; vgl. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 197; Köhler, Manfred H. W., „Und setzt ihr nicht das Leben ein...“. Das Stammbuch Heinrich Ferbers 1835–1836, in: Georg Büchner Jahrbuch 6 (1986/87), 1990, S. 393–406.

63 Darmstädter Zeitung 273/02.10.1849.

64 Der Jüngste Tag 122/25.07.1848.

65 Der Jüngste Tag 163/11.09.1848, veröffentlicht schon am 10. September 1848.

66 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Anlage 5, Satzungen des Arbeitervereins in Gießen 1848, § 1.

67 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 127.

Gewerkschaftsorganisationen.⁶⁸ Mit dem Arbeiterverein von 1848 begann die moderne organisierte Gießener Arbeiterbewegung. Der Gießener Arbeiterverein schloss sich mit ähnlichen Vereinen in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Hanau, Heidelberg und Mannheim zusammen. Zeitweilig war Gießen Vorort des „Bezirksverbandes Rhein-Main“ der deutschen Arbeitervereine.⁶⁹

Doch nicht nur die Arbeiterbewegung hatte ihre Ursprünge in der Revolutionszeit, sondern auch die frühe Frauenbewegung. Die Gießener Frauen nahmen regen Anteil an den revolutionären Ereignissen der Jahre 1848/49. Dies bekundeten sie beispielsweise durch die Anfertigung einer Fahne für die Bürgerwehr, und im Veranstaltungs- und Festablauf der Revolutionszeit nahmen sie eine zentrale Rolle ein. Bei einer Volksversammlung in Gießen im September 1848 drohte Rudolf Fendt den Ängstlichen, die keine Anstrengungen zur Verteidigung der neuerrungenen Freiheiten auf sich nehmen wollten: „Dann, wenn die Männer sich nicht regen wollten, würde ich an die hochsinnigen Frauen und Jungfrauen Gießens appellieren, die seither eine so rege Sympathie für unsere Sache an den Tag gelegt haben und ich bin überzeugt, sie würden dann die Thatenlosigkeit der Männer beschämen.“⁷⁰ Darauf wurde ihm von den zahlreich anwesenden Frauen ein lautes „Bravo!“ zuteil.

Schon im Oktober 1848 wurde in Gießen ein „demokratischer Frauenverein“ gegründet, in dem sich demokratisch orientierte Gießenerinnen regelmäßig trafen.⁷¹ Auch an den Sitzungen der „männlichen“ demokratischen Vereine wurden in Gießen und in Friedberg Frauen als Zuhörerinnen zugelassen.⁷²

Gießen besaß eines der vielfältigsten und mitgliederstärksten politischen Vereinswesen der Revolutionszeit. Außer dem demokratischen Turnverein, dem Arbeiterverein und dem demokratischen Frauenverein existierten zeitweise drei demokratische Vereine nebeneinander, die schon im Juli 1848 einen gemeinsamen Zentralausschuss bildeten. Hinzu kam im November 1848 noch ein kurzlebiger „Akademischer Demokratenverein“. Nimmt man allein die männlichen politischen Vereine einschließlich des konstitutionell-liberalen Vereins und rechnet Doppelmitgliedschaften ab, so waren zu Anfang des Jahres 1849 etwa 1.800 Gießener Mitglieder politischer Vereine, mehr als ein Drittel der männlichen Erwachsenen der Stadt.

Bei alledem darf aber nicht vergessen werden, dass große Teile selbst der Gießener Studentenschaft keinen Anteil an der Revolution nahmen und alten ständischen Ehrvorstellungen verbunden waren. Von Anfang an bereitete die Einbindung der Studenten in die städtische Bürgerwehr Probleme, da sich die Studenten von den als „Philister“ verachteten Bürgern gerne absonderten und immer wieder

68 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 5/262, Brief von Lorenz Nover vom 29.11.1850.

69 Franz, Eckhart G., Die hessischen Arbeitervereine im Rahmen der politischen Arbeiterbewegung der Jahre 1848–50, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde N.F. 33 (1975), S. 167–262, hier S. 223 ff.

70 Der Jüngste Tag 177/27.09.1848.

71 Der Jüngste Tag 201/26.10.1848, 210/05.11.1848; Darmstädter Journal 18/22.01.1849.

72 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 318.

selbst als Ruhestörer auftraten. Der studentische Korpsgeist führte schließlich zum schwersten Konflikt im Gießen der Revolutionszeit: Als am Abend des 30. August 1848 ein randalierender, betrunkenener Student, der Frauen belästigt hatte, von einer Bürgerwehrpatrouille festgenommen und dabei verletzt worden war, versuchten ihn zahlreiche Studenten gewaltsam zu befreien. Sogar Barrikaden wurden von den Studenten errichtet und das Rathaus belagert, wo ihr Kommilitone festgehalten wurde. Als die alarmierte Bürgerwehr die Barrikaden räumte, wurde der Student Pfannmüller durch einen Schuss tödlich verletzt. Die Studentenschaft sah die Schuld für dessen Tod bei der Bürgerwehr, verlangte deren Enthebung von jeglicher Polizeigewalt und drohte, die Universität in Verruf zu erklären und den Großherzog um eine Verlegung des Universitätsorts zu bitten. Eine Untersuchung der Ereignisse führte jedoch nicht zur Identifizierung des Schützen und stellte die Unschuld der Bürgerwehrführung fest.⁷³ Der radikaldemokratische, von ehemaligen Gießener Studenten redigierte „Jüngste Tag“ las der uneinsichtigen Studentenschaft die Leviten: Ein „dummer, principienloser, hirnverrückter Straßenkrawall“ sei dies gewesen.⁷⁴

Die Gießener Demokraten unterhielten auch zur oberhessischen Landbevölkerung Verbindungen. Während für viele Liberale mit der Ernennung der sogenannten „Märzminister“ und der Gewährung der Märzforderungen die Revolution beendet war, gingen auf dem Land die Unruhen weiter. Die Proteste der Bauern zielten im hessischen Raum vor allem auf:

- eine Ermäßigung der Abgaben, insbesondere aber die Abschaffung des Zehnten,
- eine drastische Reduzierung des Wildbestandes, der bisher für das adlige Jagdvergnügen hochgehalten worden war,
- das Recht der Nutzung der Wälder durch die Gemeindebewohner
- und die Selbstverwaltung der Gemeinden.⁷⁵

Von Gießen aus gründeten die Demokraten Zweigvereine in ländlichen Gemeinden und schlossen sich zu Vereinsverbänden zusammen. Zwischen Hauptvereinen und Zweigvereinen bestand ein symbiotisches Verhältnis: Die Zweigvereine boten jenen Massenanhängern in der Fläche, der die Wirksamkeit und Ausbreitung erhöhte. Die Hauptvereine vermittelten durch die politischen „Experten“ in ihren Vorständen jenes Handlungswissen, das für die Erklärung komplexer Sachverhalte und für ein adäquates politisches Handeln erforderlich war. Städtische Demokraten unterstützten dabei die Forderungen der Landbevölkerung politisch und juristisch.⁷⁶

73 Vgl. ausführlich Ebel, Karl, Studentenschaft und Bürgergarde im Jahr 1848, in: Ludoviciana, Gießen 1907, S. 36–39, Online: urn:nbn:de:hebis:26-opus-25838, <https://jilpub.ub.uni-giessen.de/server/api/core/bitstreams/11f62ba9-0495-4204-bbd9-2d1a09974c7c/content> (zuletzt aufgerufen 08.09.2024); Rehmann, Gießen und das Jahr 1848 (wie Anm. 61), S. 73.

74 Der Jüngste Tag 154/31.08.1848.

75 Vgl. ausführlich in Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 78 ff.

76 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 286 ff.

Am 2. und 3. September 1848 wurde ein oberhessischer Demokratenkongress in Gießen veranstaltet und ein demokratischer Bezirksausschuss für die Provinz Oberhessen gebildet, dem sich bis zum Februar 1849 41 demokratische Vereine anschlossen. Weitere demokratische Vereinsverbände entstanden in der Wetterau und am Vogelsberg. Gießen war auch der Vorort des am 25. Juni 1848 gegründeten Lahnbundes der Turngemeinden, dem sich kurhessische, hessen-darmstädtische und Wetzlarer Turner anschlossen. Sogar die konstitutionell-liberalen Vereine hatten in Gießen ihren Zentralausschuss.

Interessant ist dabei, dass die oberhessischen Demokraten an die Errichtung eines „Kreisausschusses“ in Frankfurt dachten, dem sich die Vereine beider Hessen, Nassaus und Frankfurts anschließen sollten. Der Umfang dieses „Kreises“ darf wohl als Vorbild für eine Einteilung Deutschlands nach Abschaffung der Fürstentümer und Monarchien gelten.⁷⁷ Auch in der Nationalversammlung in Frankfurt wurde von den linken Fraktionen eine Neugliederung Deutschlands in „Herzogtümer“ oder „Kreise“ angeregt und diskutiert. Eine in Darmstadt verbreitete gedruckte „Karte von Deutschland nach naturgemäßer Einteilung“ zeichnete im Mai 1848 ein dem heutigen Bundesland sehr ähnliches Hessen, mit Kurhessen, Waldeck, Nassau, Frankfurt, Hessen-Homburg und Hessen-Darmstadt, aber bemerkenswerterweise ohne die linksrheinische Provinz Rheinhessen.⁷⁸

Revolutionswende

Bereits seit dem Sommer 1848 ereigneten sich vor allem in den Städten des Rhein-Main-Gebiets eine Reihe von Unruhen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, die zu einer Änderung der Machtverhältnisse führten. Der gewaltsame Höhepunkt, der im hessischen Raum zu einer Revolutionswende führte, ereignete sich im September 1848 in Frankfurt. Den Anlass für die Unruhen bildete die Annahme des Waffenstillstandes von Malmö im Unabhängigkeitskrieg um Schleswig-Holstein. Dieser Konflikt mit Dänemark wurde in der Öffentlichkeit als nationaler Befreiungskrieg verstanden, ausgetragen wurde er neben schleswig-holsteinischen Verbänden vor allem von der preußischen Armee. Als Preußen auf Druck der Großmächte einem Waffenstillstand zustimmte, wurde dies in großen Teilen der Öffentlichkeit als Verrat an Schleswig-Holstein, häufig sogar als konterrevolutionäre Verschwörung gegen die demokratische Volksbewegung in Deutschland angesehen. Auch die meisten Demokraten waren 1848 überzeugte Nationalisten.

Die Nationalversammlung lehnte den Waffenstillstand zunächst ab, stimmte ihm aber schließlich am 16. September 1848 zu. Das wird man heute als einen Akt realpolitischer Vernunft werten, doch damals wurde die Entscheidung als nationale Schmach aufgefasst. Am Tag darauf wurde von den demokratischen Vereinen

77 Vgl. Wettengel, *Revolution von 1848/49 in Hessen* (wie Anm. 1), S. 13–15.

78 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt P 1, 2036, „Vorschlag zu einer Eintheilung Deutschland in 16 Kreise“, Verlag L. Papst, Darmstadt 1848. Vgl. Wettengel, *Revolution von 1848/49 in Hessen* (wie Anm. 1), S. 13–15.

Frankfurts eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide veranstaltet, bei der sich radikale Positionen durchsetzten: Die Mitglieder der Nationalversammlung, die für die Annahme des Waffenstillstandes votiert hatten, wurden als Verräter bezeichnet und die Abgeordneten der linken Minderheit aufgefordert, aus dem Parlament auszutreten und sich als wahre Vertretung der Nation zu konstituieren. Die linken Fraktionen der Nationalversammlung, darunter auch Carl Vogt, lehnten dieses Ansinnen jedoch ab. Am Vormittag des 18. September veranstalteten die Radikalen eine bewaffnete Volksversammlung, bei der ein Teil in die Paulskirche einzudringen versuchte. Als diese von Bundestruppen zurückgedrängt und dabei einige Zivilisten verletzt wurden, kam es zur spontanen Errichtung von Barrikaden. Beim Versuch der Bundestruppen, die Barrikaden zu räumen, brachen bewaffnete Gefechte aus. Im Verlauf der Kämpfe wurden zwei Abgeordnete der Nationalversammlung, Hans von Auerswald und Fürst Felix von Lichnowsky, von Aufständischen ermordet. Die beiden, die der liberalen Fraktion Casino angehörten, waren zu Pferd unterwegs, als sie von einer Menschenmenge erkannt, verfolgt und getötet wurden. Diese Morde wurden von revolutionsfeindlicher Seite propagandistisch ausgenutzt, um die Demokraten insgesamt zu diskreditieren. Der spontane Aufstand konnte noch am selben Tag von einer Übermacht von etwa 6.000 Soldaten niedergeschlagen werden.⁷⁹

In Gießen hatten die Demokraten beim Eintreffen der Nachrichten aus Frankfurt zunächst eine Deputation zu ihrem Abgeordneten Carl Vogt nach Frankfurt geschickt, der ihnen aber von einer Unterstützung des Aufstandes abriet. Dennoch zog eine kleine Gruppe von 20 bis 40 radikalen Republikanern alleine los, kehrte aber unverrichteter Dinge wieder zurück, als sie die Nachrichten über die Niederlage erhielten.⁸⁰

Für die demokratische Bewegung, aber auch die Revolution insgesamt, hatte der Septemberaufstand in Frankfurt schwerwiegende Folgen. Die Provisorische Zentralgewalt nahm den Septemberaufstand zum Anlass für ein Verfassungsschutzgesetz, und in Frankfurt selbst wurde der Belagerungszustand erklärt. Rund um Frankfurt wurde ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel erlassen. Fast 4.000 Personen wurden bei den Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Aufstand verhört und mehr als 600 Beschuldigte standen vor Gericht. Auch Gießener wurden angeklagt oder entzogen sich der Verfolgung durch Flucht.⁸¹

Die Ohnmacht der Nationalversammlung und der Zentralgewalt, ihre Abhängigkeit von den Militärkontingenten der Einzelstaaten, war unübersehbar geworden. Und noch etwas wurde vor aller Augen deutlich: Die revolutionäre

79 Zum Septemberaufstand in Frankfurt vgl. Wettengel, *Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum* (wie Anm. 41), S. 269 ff.; Vogt, Carl, *Der achtzehnte September in Frankfurt*. Im Auftrag des Clubbs der Linken vom Deutschen Hofe und vom Donnersberge, Frankfurt am Main 1848 (Neudruck 2019).

80 Wettengel, *Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum* (wie Anm. 41), S. 273.

81 Siemann, Wolfram, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“: Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985, S. 224–226; Wettengel, *Revolution von 1848/49 in Hessen* (wie Anm. 1), S. 146.

Bewegung war in einem ihrer städtischen Zentren vom obrigkeitlichen Militär in kurzer Zeit zerschlagen worden. Der Frankfurter Septemberaufstand bildete damit einen Teil der europäischen Revolutionswende vom Sommer/Herbst 1848, in der sich die staatliche Macht konsolidierte und die Handlungsspielräume der revolutionären Kräfte eingeengt wurden.

Dies galt insbesondere für das Großherzogtum Hessen. So antwortete am 11. Oktober 1848 der leitende hessische Minister Jaup auf ein Rundschreiben des Reichsministeriums des Innern der provisorischen Zentralgewalt zu den politischen Vereinen mit einem ausführlichen Memorandum.⁸² Offenbar standen die politischen Vereine in Hessen-Darmstadt schon vor dem Septemberaufstand unter genauer Beobachtung der Polizei. Obgleich das Großherzogtum vom Aufstand in Frankfurt nur am Rande betroffen war, erläuterte Jaup, dass er bereits beabsichtigt habe, die demokratischen und Arbeitervereine zu verbieten. Lediglich die Einsicht, dass ein Vereinsverbot zwecklos wäre, wenn es nicht im gesamtdeutschen Rahmen durchgeführt würde, habe verhindert, dass diese Maßnahme bereits umgesetzt wurde.⁸³ Grundlage für die Bereitschaft zu so drastischen Freiheitsbeschränkungen war eine Revolutionshysterie in Regierungskreisen und im konstitutionell-liberalen Bürgertum, wie sie auch bei Jaup deutlich wurde. So schrieb er beispielsweise in seinem Memorandum: „Die demokratischen Vereine bilden neben der gesetzlichen Regierung eine eigene Regierung, die alle Gesetze höhnt u[nd] durch Terrorismus herrscht. Die gesellschaftlichen Zustände fallen hierdurch zusammen; nicht bloß die politischen und religiösen, sondern auch die socialen. [...] Es ist ein Kampf der Nichtbesitzenden gegen das Eigenthum; es ist der Beginn einer practischen Einführung des Communismus. [...] Nicht allein diese oder jene Einrichtung des Staats wird angegriffen, sondern die Grundlage aller gesellschaftlichen Einrichtungen,

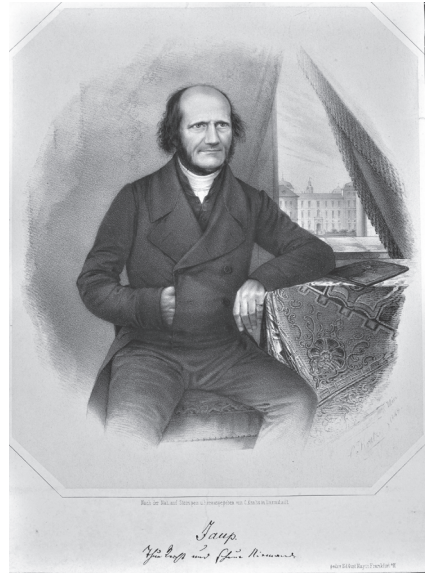


Abb. 9: Carl Jaup (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 17653GF)

82 Bundesarchiv Berlin, DB 54/71 (RMI); Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ (wie Anm. 81), S. 226–234. Zu Carl Jaup (1781–1860), der Nachfolger Heinrich von Gagerns als leitender Minister des Großherzogtums Hessen war, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), *Hessische Abgeordnete 1820–1933* (wie Anm. 33), S. 472 f. (Nr. 403); Knöpp, Friedrich, „Jaup, Carl“ in: *Neue Deutsche Biographie* 10 (1974), S. 369 f.; Best/Weege, *Biographisches Handbuch* (wie Anm. 49), S. 191 f.

83 Bundesarchiv Berlin, DB 54/74 (RMI), Bl. 14v; Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ (wie Anm. 81), S. 232 ff.

die Bedingungen des menschlichen Fortschritts. Darum müssen, tritt nicht schnell ein Damm ein, alle, denen die Civilisation heilig ist, das Schlimmste befürchten, [...].“⁸⁴ Zu einer nüchternen Lageanalyse war Jaup offenbar nicht mehr imstande. Dies ist umso bemerkenswerter, als Jaup selbst noch im Vormärz als liberaler Oppositioneller Opfer von Repressalien gewesen war. Nun war er bereit, zur Bekämpfung der demokratischen Gegner zentrale liberale Freiheiten zur Disposition zu stellen.

Die oberhessischen Demokraten unternahmen Schritte zur Verteidigung der errungenen Freiheiten gegen die wiedererstarkenden Kräfte der Reaktion und bildeten Bündnisse. Am 25. und 26. November 1848 schlossen sich in Gießen die Bürgerwehren Gießens, Wetzlars und Butzbachs zum „Lahnwehrebund“ zusammen; Marburg, Lich und Laubach traten später ebenfalls bei.⁸⁵ Nur wenige Monate später wurde deutlich, wie notwendig solche Maßnahmen waren.

Reichsverfassungskampagne und Beginn der Reaktionszeit

Währenddessen konnte die Nationalversammlung mit dem Beschluss der Reichsverfassung am 28. März 1849 ihr Verfassungswerk abschließen. Von 28 deutschen Regierungen wurde die Reichsverfassung mit dem Erbkaiser als Oberhaupt, einem demokratischen Wahlrecht und dem Grundrechtekatalog anerkannt. Unter ihnen befanden sich mit Ausnahme des kleinen Hessen-Homburg alle Regierungen auf dem Gebiet Hessens. Wäre es nach ihnen gegangen, so hätte die Reichsverfassung Wirklichkeit werden können. Angesichts der Haltung der größeren deutschen Staaten, vor allem aber der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 und der nachfolgenden Auflösung der Nationalversammlung schwenkten jedoch auch die nassauische und die hessischen Regierungen allmählich auf einen gegenrevolutionären Kurs ein.⁸⁶

In einigen Staaten brachen im Mai 1849 Aufstände zur Durchsetzung der Reichsverfassung aus, insbesondere in der benachbarten Rheinpfalz und in Baden. Daher kam der Entwicklung im heutigen Hessen eine besondere Bedeutung zu.

Am 29. April 1849 beschloss der Bezirkstag der oberhessischen Demokraten in Gießen die Bewaffnung der demokratischen Vereine zur Verteidigung der Reichsverfassung gegen die verfassungsfeindlichen Fürsten, besonders gegen Preußen, und am Tag darauf wurde die Gießener Bürgerwehr auf die Reichsverfassung verteidigt. Ein „Bewaffnetenausschuß“ sammelte in Gießen Geld für eine Bewaffnung

84 Bundesarchiv Berlin, DB 54/74 (RMI), Bl. 11r. Jaup bezieht sich hier auf eine Erklärung des Centralausschusses der demokratischen Vereine in Berlin vom 14.6.1848, meint aber vermutlich die Erklärung vom 14.7.1848.

85 Der Jüngste Tag 225/23.11.1848; Wehr' Dich! 1/03.01.1849.

86 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 461 ff., 481 ff.

der Bürger.⁸⁷ Die Offenbacher Bürgerwehr strebte noch am 8. Mai 1849 einen Zusammenschluss von Bürgerwehren über die Landesgrenzen hinweg unter einem gemeinsamen Oberkommando an. Zu dem am 13. Mai 1849 veranstalteten Bürgerwehrekongress kamen auch Delegierte aus Gießen; und in Friedberg wurde ein Wehrausschuss für die Wetterau gebildet.⁸⁸

Trotz aller Volksversammlungen und Wehrausschüsse kam es im Frühjahr 1849 in Oberhessen zu keinem koordinierten Vorgehen zur Unterstützung der reichsverfassungstreuen Revolutionsregierungen. Die Zerstörung der Telegraphenstation der Linie Frankfurt-Berlin in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 1849 war die einzige bekannte größere Aktion während der „Reichsverfassungskampagne“ in Gießen. Wie viele Gießener an den Kampfhandlungen auf Seiten der Revolutionsarmeen beteiligt waren und wie viele dabei gefallen sind, ist nicht bekannt. Stellvertretend für sie soll Friedrich Bopp genannt werden, geboren am 19. Januar 1825 in Darmstadt, Assistent des berühmten Chemikers Justus von Liebig an der Universität Gießen und Vorstandsmitglied von Gießener demokratischen Vereinen. Er war bis zuletzt an den Kämpfen gegen die preußische Interventionsarmee in Baden beteiligt und starb am 12. November 1849 an seinen Verletzungen in preußischer Gefangenschaft in den Kasematten der Festung Rastatt.⁸⁹

Wie groß die Sympathien in der Bevölkerung für die revolutionären Bewegungen im Mai/Juni 1849 waren, ist schwer zu beurteilen. Von staatlicher Seite wurde die Lage als kritisch beurteilt: Es sei „nicht zu bezweifeln, daß, wenn die Aufständischen von Baden bis nach Frankfurt gedrungen wären, sich aus Oberhessen, Kurhessen und Nassau eine ungeheure Masse für die demokratische Republik erhoben haben würde“, urteilte der hessische Polizeibeamte Nover rückblickend.⁹⁰ Hier ist jedoch Skepsis angebracht, denn die Hoffnungen auf einen Sieg der Revolution waren gerade im hessischen Raum nach der Revolutionswende im Sommer 1848 stark geschwunden. Die Unterstützung der Bevölkerung blieb jedenfalls weit hinter den Erwartungen der demokratischen Führung zurück. Der Radikaldemokrat und ehemalige Gießener Theologiestudent Carl Scriba, Mitglied des Wehrausschusses, beklagte die geringe Aktivität unter dem Titel „Ein offnes Wort an die Oberhessen“ in dem von ihm redigierten „Wetterauer Volksblatt“: „Wir können es nicht leugnen, daß unsere Provinz, die bis jetzt immer als demokratisch ausge-

87 Allerdings kam es aufgrund politischer Differenzen zum Streit zwischen Liberalen und Republikanern, so dass die Einheit der Gießener für die Reichsverfassung bald zerfiel, vgl. ebda., S. 482.

88 Vgl. zu 1848/49 in Friedberg und in der Wetterau neuerdings Hoos, Hans-Helmut, „Die Freiheit des deutschen Volkes war ein schöner Traum“ (Wetterauer Volksblatt vom 30. Juni 1849). Friedberg 1848/49, in: Wetterauer Geschichtsblätter 68 (2019), S. 1–149.

89 „Bopp, Friedrich Wilhelm Ferdinand“, in: Hessische Biografie <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/1109102852>> (Stand: 28.11.2023), <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bio/id/2754> (zuletzt aufgerufen 08.09.2024).

90 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. 233r (handschriftlich S. 355).

geben wurde, [...] gegenüber der jetzigen Zeitbewegung eine überaus untätige, schwächliche Rolle spielt, daß die bei so vielen Volksversammlungen beteuerte Liebe zur Freiheit sich jetzt in diesem folgewichtigen Augenblick weder durch Opfer noch durch Taten zu bewähren scheint [...].“⁹¹

Im Gegensatz zu der Entwicklung in Baden und in der Pfalz blieb das hessische Militär seiner Führung gegenüber weitgehend loyal und zuverlässig. Letzten Endes gab dies den Ausschlag dafür, dass die Revolutionsbewegung nicht auf das Gebiet des heutigen Hessen übergreifen konnte.

Mit der Niederlage in der Reichsverfassungskampagne war die Revolution auch in Hessen-Darmstadt zu Ende. Gemeinsam mit Kurhessen, wo der antiliberale Ludwig Hassenpflug 1850 erneut zum Minister berufen wurde, entwickelte sich Hessen-Darmstadt zum Vorreiter der Reaktion. In Darmstadt wurde 1850 der reaktionär eingestellte Freiherr von Dalwigk zum Minister ernannt, der in blinder Wut gegen alles Demokratische seinen Beamten sogar die als „demokratisch“ empfundenen Vollbärte verbot.⁹²

Bei allen Rückschlägen, die das Scheitern der Revolution mit sich brachte, blieben doch auch Errungenschaften bestehen, so insbesondere die wichtigen Agrarreformen, aber beispielsweise auch die Justizreformen. Obwohl die demokratischen Wahlverfahren und die Grundrechte der Nationalversammlung auch auf dem Gebiet des heutigen Hessen beseitigt wurden, überdauerten sie als demokratische Forderung. Das demokratische Männerwahlrecht wurde bereits 1871 für die Wahlen zum Reichstag wiedereingeführt, doch dauerte es bis 1919, dass ein Grundrechtekatalog in eine nationale deutsche Verfassung aufgenommen werden konnte. Die Grundrechte der Reichsverfassung von 1849 finden sich heute in modifizierter Form im Grundgesetz wieder.

Zu den Grundlagen unserer demokratischen Verfassung zählen auch politische Parteien, die aus den politischen Vereinen der Revolutionszeit entstanden sind, und die parlamentarische Praxis, die im Hessischen Landtag erste Anfänge hatte. Obgleich das politische Vereinswesen spätestens in der Reaktionsära sein Ende gefunden hatte, überdauerten die Milieus und Beziehungsgeflechte im kommunalen und regionalen Umfeld. Die Neuentstehung von Parteien Anfang der 1860er Jahre wies nicht nur programmatische und personelle Kontinuitäten zur Revolutionszeit auf, sie konnte gerade auf diese Milieus und auf Organisationserfahrungen aufbauen. Gerade für Gießen wäre zu erforschen, ob im lokalen Umfeld eine Traditionsbildung oder sogar Kontinuitäten nachweisbar sind. Nicht zuletzt hatten die Erfahrungen von länderübergreifenden Vereinsverbänden und gemeinsamen Aktionen das hessische Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert.

91 Wetterauer Volksblatt 47/13.06.1849.

92 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt E 3 A Nr. 4/27.

Anhang

Auszüge aus den „Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852“ von Lorenz Nover

Aufgrund ihres unmittelbaren Bezugs zu den revolutionären Ereignissen von 1848/49 in Gießen sollen mit freundlichem Einverständnis des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt einschlägige, Gießen betreffende Auszüge aus den „Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852“ (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55) von Lorenz Nover wiedergegeben werden, die dieser als Polizeikommissar in Gießen im Februar 1852 im Auftrag des leitenden Ministers des Großherzogtums Hessen, Freiherr von Dalwigk, angefertigt hat.⁹³

Lorenz Nover kam am 23. Februar 1812 in Seligenstadt am Main als Sohn eines Maurermeisters zur Welt. Nach Tätigkeiten als Aushilfe des Landrates, des Bürgermeisters und des Steuereintnehmers in Seligenstadt wurde er 1835 Aktuariatsgehilfe am Landgericht, daneben auch Mitglied des Gemeinderates. 1840 absolvierte er die Aktuarprüfung und war von 1842 bis 1848 Polizeikommissar in Offenbach, wo er sich unbeliebt machte und seit dem 8. Juni 1848 ohne Anstellung war.⁹⁴ Seit dem 22. September 1848 wurde er infolge der Ermittlungen im Gefolge des Septemberaufstands als Aktuar, später als Inquirent am Verhöramt Frankfurt am Main beschäftigt. 1849 wurde er Untersuchungsrichter am Frankfurter Appellationsgericht und am 3. Juni mit Wirkung vom 29. Juli 1850 zum Polizeikommissar in Gießen ernannt. 1858 erfolgte die Beförderung zum Polizeirat und am 1. November 1875 trat Nover in den Ruhestand. 1876 verließ er Gießen und zog nach Darmstadt um, 1886 nach Bessungen, wo er am 5. Januar 1888 starb. 1854 Verleihung der österreichischen Großen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft, 1857 Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des russischen St. Stanislausordens III. Klasse, 1863 Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des preußischen Kronenordens IV. Klasse, 1864 Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.⁹⁵

Seinen beruflichen Aufstieg verdankte Nover, der über eine begrenzte Schulbildung verfügte und seit dem 8. Juni 1848 als Polizeikommissar in Offenbach entlassen war, den nach dem Septemberaufstand in Frankfurt beginnenden polizeilichen Untersuchungen und der danach einsetzenden Reaktion. Nover war ein dezidierter Gegner aller liberalen und demokratischen Bestrebungen, die er oft unterschiedslos als revolutionär einschätzte. Novers antidemokratische Haltung

93 Lehnert, Georg, „Nover, Lorenz“, in: Haupt, Herman (Hrsg.), Hessische Biographien, Bd. 3, Darmstadt 1934, S. 323–325, hier S. 325.

94 Ebda., S. 323 f.

95 „Nover, Lorenz“, in: Hessische Biografie <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/117068683>> (Stand: 03.04.2024), <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/rsrec/current/1/entry/nover%252C%2Blorenz/sn/bio/register/person> (zuletzt aufgerufen 08.09.2024); Hessisches Staatsarchiv Darmstadt S 1, Nover, Lorenz; Lehnert, „Nover, Lorenz“ (wie Anm. 93).

wurde in hessen-darmstädtischen Regierungskreisen bereits unter Minister Jaup, dann aber insbesondere unter dessen Nachfolger, dem Freiherrn von Dalwigk, geteilt. Nover besaß großen persönlichen Ehrgeiz, der ihn dazu veranlasste, auch ausländischen Regierungen seine Ausarbeitungen zu übermitteln. Seine Einschätzungen waren nicht durch intellektuelle Schärfe und Differenzierungsvermögen gekennzeichnet. Ihm ging es um die Identifizierung revolutionärer Bestrebungen in seinem Wirkungskreis. Vor einer unkritischen Übernahme seiner tendenziösen Wertungen und seiner oft fehlerhaften Angaben muss daher gewarnt werden. Dennoch stellt seine „Promemoria“ eine wichtige Quelle für die historische Forschung dar, zumal zu Gießen und Oberhessen, wo sich Nover sehr gut auskannte. Die Darstellung enthält viele Einschübe, Nachträge und Anlagen. Der Text weist daher zahlreiche Verweise und Wiederholungen auf. Nachfolgend werden nur die wichtigsten Teile zu den politischen Vereinen in Gießen wiedergegeben.

„[Seite] 343.

XXXIII²⁶ Spezielle Mittheilungen über das Treiben der Demokratie in Oberhessen.

(N[ota] Diesem besonderen Abschnitte sind Belege beigefügt.)

In der Provinz Oberhessen wurde, wie anderwärts, in den Monaten April bis August 1848 bereits eine ziemlich große Anzahl politisch-revolutionärer Vereine unter verschiedenen – mitunter sehr unschuldig lautenden Namen gegründet. Die Stadt Gießen allein hatte bis dahin 5, nämlich: einen republikanischen, einen demokratischen, einen Merz-, Arbeiter- und einen Turn-Verein. In Gemäßheit der von dem „Central-Ausschusse der Demokraten Deutschlands“ erlassenen Aufforderung (s[iehe] S[eite] 93 bis 96 dieser Darstellung) wurden die zur Centralisation und Organisation der oberhessischen demokratischen Vereine nöthigen Schritte eingeleitet, indem der Hofg[erichts]-Advokat Frank, Dr. Winter, F[erdinand] Bopp⁹⁷ u[nd] L[udwig] Büchner zu Gießen im Auftrag des republikanischen, demokratischen und Merz-Vereins zu Gießen die sämtlichen oberhessischen demokratischen Vereine und Turnerschaften zu einem am 2. und 3. Sept[em]b[er] 1848 abzuhaltenden Demokraten-Congreß nach Gießen beriefen (s[iehe] Anlage 2. 3).⁹⁸

Der „oberhessische Demokraten-Congreß“ (s[iehe] S[eite] 101 d[ieser] D[arstellung]) wurde geleitet:

- 1., vom Professor Hillebrand (Präsident)
- 2., vom Physikatsarzt Dr. Weber (Vice-Präsident)

96 Korrigiert, soll vermutlich „XXXIII“ heißen.

97 Zu Ferdinand Bopp vgl. Anm. 88.

98 Zur Bildung des oberhessischen Bezirksverbands der demokratischen Vereine vgl. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 339 ff.; zu den Zentralisationsbestrebungen der demokratischen Vereine insgesamt Wettengel, Michael, Parteilbildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701–738, hier S. 707 ff.

- 3., vom Candidat Schlich von Friedberg (Vice-Präsident)
 - 4., von Dr. Büchner, Schriftführer
 - 5., von F[erdinand] Bopp, Schriftführer
 - 6., von Georg Noll, Fabrikant, Schriftführer
 - 7., von Stud. Friedr[ich] Otto Schenk, Schriftführer
- (s[iehe] S[eite] 6 der sub N[ummer] 2 anliegenden Statuten des Bez[irks]-Verbands)

[Seite] 344.

Außerdem beteiligten sich an dem Congresse u[n]ter a[nderem] noch folgende Personen:

- 1., Dr. med. Kilian von Darmstadt (damals in Gießen)
 - 2., August Becker, Redakteur des Demokaten-Organs „Jüngster Tag“
 - 3., Stud. jur. R[udolf] Fendt von Schotten
 - 4., Professor Carriere zu Gießen
 - 5., Dr. Winter
 - 6., Advokat Frank
 - 6 ½., Schreiner Kraus von Butzbach
 - 7., Port aus Ruppertsburg⁹⁹
 - 8., A. Wendel aus Butzbach
 - 9., Candidat Schaub, welch letzterer ein Schreiben des Abg[eordneten] Simon aus Trier verlas, woraus auf die Verbindung mit der Linken der National-Versammlung zu schließen ist (N[ota] Er vertrat 2 Vereine), der wie „des fünften Wahlbezirks“ zählt 5000 Mitglieder.
- (s[iehe] Anlage N[ummer] 4{N[ummer] 160 des „Jüngsten Tags“}).

Auf dem Congresse waren folgende Vereine vertreten:

- 1., der deutsche Volks-Verein in Friedberg,
- 2., der Arbeiter-Verein in Friedberg,
- 3., der Volks-Verein in Butzbach (Vertreter Schreiner Kraus)
- 4., der Volkslese-Verein in Mehlbach (vertreten durch Jäger)
- 5., der Turn-Verein in Okarben (vertreten durch Maurer)
- 6., der demokratische Verein in Homberg an der Ohm (Born)
- 7., der Bürger-Verein in Laubach (Vertreter: Frank)
- 8., der Bürger-Verein in Ruppertsburg (120 wohl bewaffnete Demokraten)
Vertreter: Port.
- 9., der Bürger-Verein in Grünberg (vertreten durch Müller)
- 10., der Bürger-Bund in Biedenkopf }
- 11., die junge Bürgergarde in Biedenkopf } (500 Mitglieder) (vertreten durch
Plitt jun[ior]).
- 12., der demokratische Verein in Gießen,
- 13., der republikanische Verein in Gießen,

99 Ortsteil der Stadt Laubach.

- 14., der März-Verein in Gießen,
- 15., der Volks-Verein in Lich,
- 16., der Turn-Verein in Grünberg,
- 17., der vaterländische Verein in Büdingen,
- 18., der Bürgerverein in Lauterbach
- 19., der (?) Verein in Gladenbach (vertreten durch Abg[eordneten] Plitt)
S[iehe] 5 Anl[age] 1.¹⁰⁰

Das Wesentlichste der gefaßten Beschlüsse ist schon Seite

[Seite] 345.

101–104 dieser Darstellung mitgeteilt. Das Nähere ist aus den sub N[umme]r 1 anliegenden Statuten des „oberhessischen Bezirks-Verbands“ zu ersehen. Hiernach ist das Ziel dieser 19 Vereine (denen sich bald noch viele andere anschlossen) die demokratische Republik.

Der „Bezirks-Ausschuß der demokratischen Vereine Oberhessens“, der mit dem Kreiscomité und dem Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands in Verbindung steht, wurde den Congreß-Verhandlungen gemäß, am 6. Sept[ember] 1848 aus den erwähnten drei Gießener Vereinen gewählt. Er bestand aus folgenden Personen:

- 1., dem Präsidenten: Dr. med. Kilian, später: August Becker
- 2., dem Vice-Präsidenten: Advokat Frank, später: Dr. med. Bork
- 3., den Secretären:
 - a., Dr. Bork,
 - b., Dr. J[ulius] Hillebrand,
 - c., Stud. R[udolf] Fendt,
 - d., Stud. F[riedrich] O[tto] Schenk,
 später: R[udolf] Fendt, Stud. Schmitthenner (Acceßist)
- 4., den Rechnern G[eorg] Noll, Fabrikant,
Heinrich Ferber (Bürgermeister)

(s[iehe] Anlage N[umme]r 4 (N[umme]r 160 „Jüngster Tag“) u[nd] N[umme]r 8 u[nd] 12 des „Wehr‘ Dich“)

Die oberhessischen Demokraten sendeten in der Person des J[ulius] Hillebrand einen Deputirten auf den Ende Okober 1848 abgehaltenen „Congreß der deutschen Demokraten“ nach Berlin, woselbst wiederholt die demokratische Republik als das Ziel ihrer Bestrebungen genannt ward.

(s[iehe] S[eite] 189–212 dieser Darstellung)

100 Tatsächlich nahmen nur 16 Vereine teil, wie aus der Anlage zu den „Promemoria“ hervorgeht. Der vaterländische Verein in Büdingen und der Bürgerverein in Lauterbach konnten den Kongress nicht beschicken, erklärten aber ihren Anschluss an den Bezirksverband. Der Delegierte Plitt für Gladenbach und sechs umliegende Ortschaften musste vor Eröffnung des Kongresses wieder abreisen. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Anlage 1, Statuten des demokratischen Bezirksverbandes für die Provinz Oberhessen, Gießen 1848, S. 5, Bl. (paginiert) 270r.

Damals betrug die Zahl der oberhessischen Vereine schon 25, es waren also während der verfloßenen kurzen Zeit (vom 3. Sept[ember] bis 24. Okt[o]b[er]) sechs weitere Vereine den genannten 19 Vereinen beigetreten (s[iehe] S[ei]te 201 d[ieser] D[arstellung])

Gleichzeitig thaten die Arbeiter Schritte zu ihrer Organisation. F. Hüna aus Klein-Lafferde (als Buchdrucker in Gießen in Arbeit), Sekretär des Gieß[en]er-Arbeiter-Vereins, erließ unterm 10 Sept[ember] 1848 folgenden Aufruf:

[Seite] 346.

„Männer der Arbeit!

Noch glühet die Luft über unsern Häuptern. Von pestialischen Dünsten der Erde zieht sich ein drohendes Gewitter zusammen und schon lecken die Blitze an den Wetterfahnen und Blitzableitern der Kirchen und Paläste! Männer der Arbeit! Wahrn wir unsere Rechte, werden wir uns bewußt im politischen Sturme, daß wir der Träger aller politischen Systeme sind, daß die socialen Fragen nicht zurückbleiben dürfen hinter den politischen. Männer der Arbeit! Ein Jeder von uns weiß, wo es ihm fehlt, aber vereinzelt können wir nichts aussprechen und nichts wirken. Vereinigen wir uns darum, daß unsere Klagen zusammentönen mit denen der schon längst gegründeten Arbeiter-Vereine anderer Städte und eine gewaltige Harmonie zu den Ohren der Gesetzgeber dringe. Aber nicht allein Klagen wollen wir, sondern durch vereintes Forschen wollen wir zu ergründen suchen, wie den allgemeinen Gebrechen am sichersten kann abgeholfen werden.

Wir fordern daher alle Arbeiter auf, sich an unserem gestifteten Arbeiter-Verein zu betheiligen und zu helfen an dem Neubau eines socialen Systems. Mag dann das Gewitter sich entladen und der große Tag der Revolution anbrechen, wir sind bereit, denn wir haben ein sicheres Ziel durch vereintes Forschen uns vorangestellt.“ (s[iehe] Anlage N[umme]r 163. „Jüngster Tag).

Bald hernach (am 19. Sept[ember]) entwarf der Gießener Arbeiter-Verein seine (sub N[umme]r 5 beiliegende) Statuten, in denen es (§17) heißt:

„der hiesige Arbeiter-Verein setzt sich mit dem allgemeinen deutschen Arbeiter-Central-Comite in Verbindung.“

[Folgen Aufrufe und Einzelnachweise politischer Vereine in Oberhessen.]“

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. (paginiert) 227r–228v.

„[Seite] 356.

XXXIV Die politisch-revolutionären Vereine der Stadt Giessen

In den Monaten April bis Juny 1848 wurden neben dem bereits bestandenen Turner-Vereine noch verschiedene andere Vereine gegründet, die zusammen eine große Anzahl von Mitgliedern in sich fassen. Es dürfte wohl die größere Hälfte der erwachsenen männlichen Bevölkerung Gießens den verschiedenen Vereinen angehören.

Die Vereine sind folgende:

1. Der März-Verein.

Er hatte die meisten Mitglieder, wohl über 1000 und übte in allen öffentlichen Angelegenheiten den größten Einfluß aus. Die Wahlen zum Landtag sowohl als auch die Wahlen der Ortsvorstandsmitglieder wurden von ihm geleitet. Anfänglich stellte der Verein als Princip die „Volkssouverainetät mit allen ihren Consequenzen“ auf, aus dem was [Seite] 344, 345, bezüglich seines Anschlusses an das deutsche demokratische Central-Comite gesagt ist,¹⁰¹ geht aber hervor, daß sein Zweck die Gründung einer social-demokratischen Republik ist.

Ueber dem nennt ihn der „Jüngste Tag“, das Organ der oberhessischen Demokratie, einen demokratisch-republikanischen Verein.

Man hatte im Sommer 1850 im Verein die Absicht, einen Preß-Verein zu gründen, das Vorhaben scheint aber unterblieben zu sein.

Präsidenten des Vereins waren:

zuerst: F[erdinand] Bopp,

Physikatsarzt Dr. Weber,

später: 1849/50 Heinrich Ferber (jetzt Bürgermeister)¹⁰²

zuletzt: Hofgerichtsadvokat Wolf.

Vice-Präsident: Phys[ikats]arzt Dr. Bork,

Secretär: Acceßist Dr. Schmitthenner,

Rechner: Louis Grafmann, Büchsenmacher,

Ehrenmitglied: Professor Hillebrand.¹⁰³

[Seite] 357.

2. Der demokratische Verein

hat sich im Juli¹⁰⁴ des Jahres 1848 gebildet in der Absicht, den Merz- und den republikanischen Verein zu verschmelzen.

Die social-demokratische Republik ist sein Ziel, wie aus dem S. 344 u[nd] 345 Gesagten hervorgeht.

Das Organ der oberhessischen Demokraten, der „Jüngste Tag“, nannte ihn auch einen demokratisch-republikanischen Verein.

Präsidenten waren: zuerst Dr. J[ulius] Hillebrand, Dr. Winther

später: L[udwig] Büchner u[nd] Professor Winther

zuletzt: Hofgerichtsadvokat Frank

Vice-Präsident: Dr. Julius Hillebrandt

Controleur: Friedr[ich] Otto Schenk, stud. med.

101 Die Ausführungen in den „Promemoria“ auf den Seiten 344 und 345 befassen sich mit dem demokratischen „Central-Ausschuss“, der auf dem ersten deutschen Demokratenkongress in Frankfurt am Main im Juni 1848 beschlossen und in Berlin eingerichtet wurde.

102 Zu Heinrich Ferber vgl. Anm. 62.

103 Zu Joseph Hillebrand vgl. Anm. 44.

104 Korrigiert aus „den Frühlingsmonaten“.

Rechner: Sartorius, Messerschmied
Secretäre: Dr. Carriere, Büchner, Leistner und Götz.

3. Der republikanische Verein

wurde schon im April¹⁰⁵ 1848 gegründet. Die meisten Mitglieder sind Arbeiter, mehrere sind studierende junge Leute.

Präsident waren zuerst: Lang¹⁰⁶

Secretäre: Stud. jur. Rudolf Fendt

W[ilhelm] Hillebrand.

Sein Ziel ist die social-demokratische Republik, wie aus dem, was bereits S. 344 u[nd] 345 gesagt ist, erhellet.

Seit 16. Sept[ember] 1848 existirt der Verein nicht mehr, indem er sich an diesem Tage dem demokratischen Verein (sub 2) einverleibt hat.

Die drei genannten Vereine haben, wie Seite 343 bemerkt ist, die ersten Schritte zum Anschluß an das Central-Comité der Demokraten Deutschlands eingeleitet.

4. Der Turn-Verein

Bestand schon mehrere Jahre vor 1848. Ihm ist die Politik länger fremd geblieben, als vielen Turn-Vereinen anderer Städte. Erst anfangs 1848 stellten der Turner Kupferberg Stud. und einige andere den Antrag, daß der Turn-Verein auf die Politik in

[Seite] 358.

seinen Wirkungskreis ziehen solle, wogegen sich einige Vorstandspersonen widersetzen. Bald darauf fand in Gießen ein Turnerfest statt, dem auch Fremde beiwohnten. Bei dieser Gelegenheit sprach der Turnwart August Schärttner¹⁰⁷ von Hanau:

„Sie, die Turner, seien nicht blos für Worte, sondern auch für die That da, sie wollten sich dem Hecker,¹⁰⁸ der sich soeben erhoben, anschließen u[nd] mit ihm für die Republik streiten.“

Darauf spaltete sich der Turn-Verein in zwei Parteien, in eine republikanische und in eine constitutionelle. Einige constitutionell gesinnte Vorstandsmitglieder, welche hervorhoben, wie unrecht es sey, daß man nicht das abwarten wolle, was

105 Davor gestrichen: „Merz und“.

106 Danach gestrichen: „später: Professor Dr. Winter“.

107 August Schärttner (1817–1859), Weinhändler und Küfermeister in Hanau, seit 1841 Vorstand des Turnvereins Hanau, Mitglied der Hanauer Volkskommission und Mitunterzeichner des Hanauer Ultimatums vom 9. März 1848, Republikaner, zog 1849 mit der Hanauer Turnerwehr zur Unterstützung der Reichsverfassungskampagne in das revolutionäre Baden, Emigration über die Schweiz und Frankreich nach England, wo er zuletzt in London eine Gastwirtschaft betrieb. Zeitweise Mitglied des Bundes der Kommunisten.

108 Friedrich Hecker (1811–1881), badischer Rechtsanwalt und Revolutionär, vgl. Freitag, Sabine, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998.

das Parlament beschließen werde, fanden kein Gehör, sie wurden sogar in Folge ihrer Mäßigung intrigirt und endlich zum Austritt gezwungen. Von jetzt (Sommer 1848) an war der Verein entschieden demokratisch. Er gehörte nun zum Lahn-bunde, welcher die Turn-Gemeinden der Städte Butzbach, Friedberg, Laubach, Wetzlar, Marburg und Gießen umfaßte. Gießen war der Bezirks-Vorort (s[iehe] Nr. 168 des „Jüngsten Tags“ & S[eite] 347 u[nd] 355 d[ieser] D[arstellung]).

Am 14. December 1848 hat der Verein in einer General-Versammlung beschlossen, sich dem demokratischen Turnerbund anzuschließen (Anl[age] 6). Die beiliegende Einladung zum „mittelrheinischen Volksfest“ sagt, daß die drei Hesen, Nassau und Frankfurt zum mittelrheinischen Bezirk gehörten (Anl[age] 7). Es ist dies die Bezirks-Eintheilung des Demokraten-Congresses für die demokratischen Vereine und die Eintheilung der Bezirke im deutschen Turner-Bund.

(S[eite] 102. 107 d[ieser] D[enkschrift]).

Da nun auch ein vom März-, Arbeiter-, Turn- und demokratischen Verein niedergesetztes Unterstützungs-Comite

{Seite} 359.

zu Gießen bestand (Anl[age] 8), so dürfte um so weniger daran gezweifelt werden können, daß der Turn-Verein social-demokratischer Tendenz ist.

Der Verein zählt dermalen, nach Aussage des Vereins-Dieners 160 Mitglieder, andere behaupten aber, es seyen gegen 200 Mitglieder im Verein.

Die Vorstandspersonen sind folgende:

Vorsteher: Gymnasial-Lehrer Joh[ann] L[udwig] Geyer, Dr. phil. aus Mainz

2.r Sprecher: Kaufmann Meyerheß (auch Mitglied des März-Vereins)

Vorstandsmitglieder:

früher: Georg Schafstädt, Drechsler-Geselle von Gießen,

Becker, Sohn des Schuhmachers Becker von Gießen,

Leonhard Kullmann, Spengler, Geselle von Grünberg,

jetzt: Alken von Grünberg (bei Zimmerm[ann] Grube in Arbeit)

Schlich, Louis Becker v[on] Gießen,

Dippel, Scribend von hier,

Ch. Schaarmann, Scribend von hier,

Traunmüller, Scribend von hier,

Säckelwart: Kaufmann Carl Busch,

Schriftwart, früher: Heinrich Retter,

jetzt: Scribend Schaarmann,

Turnwart: Christoph Rübsamen, Schlossergeselle v[on] Butzbach,

Diener: Stiefelputzer Dick,

Ehrenmitglied: Professor Vogt.

5. Der Arbeiter-Verein,

später: Arbeiter-Bildungs-Verein,

nun: Kranken-Unterstützungs-Verein.

Der „Arbeiter-Verein“ wurde in dem Sommer 1848 gegründet, später (1850) nannte er sich „Arbeiter-Bildungs-Verein“. Nach seinen sub 5 anliegenden Statuten hat er sich der allgemeinen „Arbeiter-Verbrüderung“ angeschlossen. Seit Auflösung der

[Seite] 360.

politischen Vereine ist aus ihm ein Arbeiter-Kranken-Unterstützungs-Verein hervorgegangen.

Im Sommer 1850 überzeugte ich mich aus der Liste, daß 297 Mitglieder eingetragen seyen. Es sind dies theils einheimische, theils fremde Arbeiter, doch befinden sich auch mehrere intelligente Leute darunter, z[um] B[eispiel]:

Dr. med Bork,

Dr. J[ulius] Hillebrand,

Stud. Eduard Hillebrand,

Stud. jur. Rudolph Koch,

Stud. Heinrich Krämer von Gießen,

Dr. math. Ferd[inand] Kramer aus Höchst a[m] M[ain],

Stud. Friedr[ich] Otto Schenk,

August Becker,

Stud. jur. Heinrich Dernburg,

Stud. jur. Wilh[elm] Winkler aus Allendorf,

Stud. jur. Schmitthenner von Gießen.

Die Mitglieder des Vereins haben sich im Jahr 1849 zum Theil bewaffnet, sie besitzen eine rothe Fahne und auf einer in ihrem Lokale aufgehängt gewesenen Tafel standen die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

Der Verein hat eine Fortbildungsschule gegründet, an deren Spitze Stud. Traut steht. Der Stadtvorstand hat ihm seit Juni v[origen] J[ahres] ein Lokal eingeräumt (Anl[age] 9).

Der Verein wurde geleitet von folgenden Personen:

1. Präsident: früher: Stud. jur. Koch,

später: Stud. philos. Leistner aus Schönhaide (seit 1850 ausgewiesen).

2. Vice-Präsident: Stud. philos. Georg Traut von Büdingen.

3. Vorstands-Personen (Beigeordnete):

früher: Jaffeé, Mörsheimer, F. Müller

zuletzt: Friedrich Keller aus Naumburg (bei Wilh[elm] Keller).

[Seite] 361.

Secretäre: früher: F. Hüne und

Ludwig Wahl, Mechanikus aus Gießen,

später: Christian Müller aus Hausen,

Joh[annes] Hubert aus Hallgarten,

Rechner: früher: Julius Balser, Bleicher,

später: Wilhelm Wagner, Schneider-Geselle,

Heinrich Meyer, Schneider-Geselle aus Gettenau,

Controleure, früher: Dominik[us] Baumann, Buchdr[ucker] aus Burkchain,

Christian Freund, Schreiner-Ges[elle] aus Högen,
später: Wilh[elm] Kurz, Schneider-Ges[elle] aus Grünberg.

In dem jetzigen Kranken-Unterstützungs-Verein und in der Fortbildungsschule sind Chr[istian] Müller und Stud. philos. Traut die an der Spitze stehenden Leute.

6. Der akademische Demokraten-Verein

wurde im Herbst 1848 gegründet. Die erste öffentlich bekannt gemachte Einladung des Vereins sagt: der provisorische Vorstand lädt die Mitglieder des akademischen Demokraten-Vereins zu einer außerordentlichen, nicht öffentlichen Sitzung ein auf den 5. Dez[em]b[er] (s[iehe] Nr. 233. 234 „Jüngste Tag“)

Bald hernach machte der Verein bekannt, daß seine öffentlichen Sitzungen alle 14 Tage in dem Lokale des Laib sein sollten. (s[iehe] Nr. 236 „Jüngste Tag“)

Die nächste Bekanntmachung heißt:

„Zu der Freitag den 15. Dezember stattfindenden öffentlichen Sitzung des akademischen Demokraten-Vereins ladet ein der Vorstand.

Tagesordnung:

1. Vorlegung einer Adresse in Bezug eines socialen Vorparlaments.
2. Adresse an die zweite Hess[ische] Kammer für demokratische Organisation der Universität.

{Seite} 362.

3. Vorlage der von der ernannten Commission verfaßten Geschäftsordnung.
4. Vortrag über den Zweck der demokratischen Vereine.
(s[iehe] Nr. 242. 243 „Jüngste Tag“)

Tagesordnung der auf Freitag den 12. Januar 1849 angekündigten Sitzung war:

1. Bericht über die politischen Ereignisse seit der letzten Sitzung,
2. Vortrag über die Aufgabe der demokratischen Vereine,
3. Vortrag über Socialismus und Kommunismus.“

Aus verschiedenen Documenten geht hervor, daß der akademische Demokraten-Verein sich dem „Bezirksausschuß der Demokraten Oberhessens“ und dem „Central Ausschuß der Demokraten Deutschlands“ zu Berlin angeschlossen hat.

Zu den Mitgliedern des Vereins gehören ohne Zweifel die hier schon namhaft gemachten Studirenden. Die Gründung dieses Vereins erfolgte offenbar in Folge des am 25. Sept[ember] 1848 bei der Studenten-Versammlung in Eisenach gefaßten [korrigiert aus „erfolgten“] Beschlusses. (S[eite] 202)

[Folgt eine Namensliste von Seite 363 bis 366 „zu den hervorragendsten Persönlichkeiten der oberhessischen Demokratie“, die sich auf ganz Oberhessen bezieht, nur rudimentäre Angaben zur Tätigkeit enthält und zu Gießen Redundanzen aufweist.]“

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. (paginiert) 233v–236v.

„[Seite] 380.

Nachtrag

Ein nachträglich vom Dirigenten der G[roßherzoglichen] Regierungs-Commission daher mir zugestelltes Actenstück, welches in Abschrift nachfolgt, giebt die Gewißheit, daß die Demokratie von Gießen zur Zeit des Aufruhrs in Frankfurt (18. Sept[ember] 1848) wirklich schon im Begriffe stand, vom Beschluß zur That überzuschreiten, woran sie wohl lediglich durch das Mißlingen jenes Attentates verhindert ward.

Die Bürgergarde in Gießen war, wie auch durch dieses Actenstück von neuem bestätigt wird, vom Anfange ihrer Einrichtung offenbar nur zum Werkzeug der Demokratie bestimmt, denn sie stellte schon zur Zeit ihres ersten Bestehens den radicalsten Demokraten – den bekannten Professor Vogt – als Obersten

[Seite] 381.

und den Demokraten Büchsenmacher L[udwig] Großmann als Oberst-Lieutenant an der Spitze.

Das fragliche Actenstück lautet so:

„An
den verehrlichen Generalrath der Bürgergarde
in Gießen.

Die politischen Vereine der hiesigen Stadt, nämlich der demokratische, der Märzverein und der Arbeiter-Verein haben in ihrer heutigen Ausschußsitzung an Sie das Verlangen gestellt, und durch eine Deputation bereits mündlich ausdrücken lassen:

- 1.) Daß die Bürgergarde auf noch besonders kund zu gebendes Verlangen morgen versammelt werde und an die einzelnen Bürgergardisten die Frage geschehe, welche von Ihnen bereit seyen, sich an einem etwa nöthigen Zuge nach Frankfurt zur Aufrechterhaltung der Volksrechte zu betheiligen.
- 2.) Daß den zum Zuge bereitwilligen Gardisten, welche Gewehre besitzen, kein Hinderniß entgegengestellt werde, diese Gewehre mitzunehmen.
- 3.) Daß denjenigen sich zu dem Zuge meldenden Bürgerwehrmänner welche nicht mit Gewehren versehen sind, solche gegen Schein von dem disponibeln Waffenvorrath abgegeben werden.
- 4.) Ferner wünschen wir, daß der Gemeinderath seine Beschlüsse wegen der obschwebenden Frankfurter Ereignisse täglich wenigstens einmal veröffentliche.

Gießen d[en] 18. September Abends 9 ½ Uhr 1848.

Im Namen des Bezirksausschusses der demokratischen Vereine resp[ective] die Deputation.

(gez[eichnet]) Dr. A. Winther (Professor)

Dr. Weber (Physikats-Arzt)

R[einhard] Frank (Hofgerichts-Advokat)

H[einri]ch Ferber (Bürgermeister)

Vogel (Hofg[erichts]-Accesist)“ «

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. (paginiert) 247v–248r.